

März 2015

BERICHT VOM PRÄSIDENT

Sehr geehrte Mitglieder,

dieses Jahr hat mit einem für uns alle erschütternden Ereignis begonnen: dem Mord an den Karikaturisten von Charlie Hebdo. Ich möchte den Opfern des Anschlags an dieser Stelle meine Anerkennung für ihren Beitrag zur Meinungs- und Pressefreiheit aussprechen. Sie sollen ihre Leben nicht vergebens verloren haben. Europa muss gemeinsam trauern. Wir müssen jedoch auch in der Lage sein, unverzüglich und einheitlich zu handeln. Jean-Pierre Raffarin, der ehemalige französische Premierminister und derzeitige Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte im französischen Senat, hat für uns einen bewegenden Artikel über den Verlust verfasst, den Frankreich durch den Tod von Jean Cabut, Georges Wolinski, Charb und Tignous sowie weiteren Personen erlitten hat.

Das Jahr 2014 endete mit einem für die Europäische Weltraumorganisation und für Europa im Allgemeinen bedeutenden Ereignis – der Landung der Sonde Philae auf dem Kometen 67P/Tschurjumow-Gerassimenko im Rahmen der internationalen Mission Rosetta – jedoch positiv. Wir haben daher beschlossen, diese Ausgabe mit einer Würdigung all der Menschen zu eröffnen, die die Grenzen des Weltraums überschreiten und ihr Leben der Erweiterung der Kenntnisse über die Entstehung unseres Universums, aber auch der Verbesserung der Kommunikation, Technologie und Sicherheit widmen. Wir greifen bestimmte aktuelle Themen auf, die wir als sehr wichtig für die europäische Agenda erachten und die den europäischen Bürgern vielleicht etwas Hoffnung und Arbeitsplätze bescheren. Franco Malerba, erster italienischer Astronaut und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, nimmt uns mit auf eine Reise durch die europäische Raumfahrt und zeigt uns neue Perspektiven auf. Brigitte Langenhagen schreibt über das Satellitennavigationsystem Galileo; sie war die erste Berichterstatteerin für dieses Thema. Darüber hinaus behandelt Luigi Calligaris Fragen zur Zukunft des Galileo-Projekts.

Diese Ausgabe enthält auch einige Artikel über unsere Aktivitäten in der letzten Zeit, wie etwa unser jährliches Cocktail-Dinner (bei dem Mario Monti, der Vorsitzende der hochrangigen Arbeitsgruppe der EU zu den Eigenmitteln und ehemalige Ministerpräsident Italiens, eine Ansprache hielt) und unser jährliches Seminar (das dieses Mal das Thema Fortschritte auf dem Weg zu einer Wirtschaftsunion und die Zukunft des europäischen Sozialmodells als Schwerpunkt hatte). José Maria Gil Robles und Jutta Haug teilen ihre Meinungen und Gedanken über „Eigenmittel“ mit uns und vermitteln uns so einen besseren Einblick in das aktuelle Thema „Eigenmittel“.

Das Programm „EP-to-Campus“ läuft dank der Bereitschaft der Mitglieder, zu dieser wertvollen Initiative beizutragen, weiterhin sehr erfolgreich. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe Berichte über die Vorlesungen des letzten Jahres und freuen uns auf die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit mit Universitäten und Schulen in der Zukunft.

Was unsere Aktivitäten im Jahr 2015 angeht, freuen wir uns, Ihnen mitteilen zu können, dass der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) am Nachmittag des 26. Mai um 15.30 Uhr in der Bibliothek des EP eine Informationsveranstaltung zu einem aktuellen Thema für Mitglieder des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments abhalten wird. Im Anschluss daran findet ein vom Verein und dem EP gemeinsam organisierter Gedenkgottesdienst zu Ehren der ehemaligen Kollegen, die im letzten Jahr verstorben sind, statt. Lord Henry Plumb, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und Ehrenvorsitzende des Vereins, wird die Trauerrede halten. Im Anschluss

finden im Abgeordnetenrestaurant der traditionelle Cocktailempfang und die Dinner-Debatte statt, bei der Frans Timmermans, der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission zugegen sein wird. Die Jahresversammlung findet am Mittwoch, den 27. Mai, statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl von fünf Vorstandmitgliedern des Vereins. Sie können Ihre Stimme vor Ort oder mittels des Vollmachtformulars abgeben, das allen Mitgliedern Ende April per Post und per E Mail zugehen wird. Wenn Sie an einer der Veranstaltungen im Mai teilnehmen möchten, füllen Sie bitte das in dieser Ausgabe enthaltene Anmeldeformular aus und senden es an unser Sekretariat.

Am 15. und 16. Juni führt der Verein seine Reisen in die Mitgliedstaaten, die den Vorsitz des Rates der EU innehaben, fort. Diese Reise wird Gelegenheit bieten, über die aktuellen Themen auf der Tagesordnung des lettischen Ratsvorsitzes zu berichten und diese zu erörtern.

Ich hoffe, Sie am 26. und 27. Mai zahlreich in Brüssel zu sehen.

Mit freundlichen Grüßen

Enrique BARÓN CRESPO
Vorsitzender des VEM

NACHRUF

Giovanni BERSANI

Giovanni Bersani war einer der Gründerväter der italienischen Republik und ein wichtiger Vertreter der Führungsschicht, die den Wiederaufstieg des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg möglich machte.

Sein Weg führte ihn vom Apennin, wo er für die Befreiung Italiens kämpfte, in die Plenarsäle der Abgeordnetenkammer und des Senats; von den Feldern im Umland von Bologna, wo er sich für die Emanzipation der Halbpächter einsetzte, zum Sitz im Straßburger Plenarsaal; von der Gründung der acli (Associazioni cristiane lavoratori italiani, in Deutschland als Selbsthilfswerk für interkulturelle Arbeit e. V. bekannt), zur Entstehung des Movimento Cristiano dei Lavoratori (christliche Arbeiterbewegung); von den Kooperationsprojekten in Südamerika zum im Lomé-Abkommen vorgesehenen partnerschaftlichen Dialog zwischen Europa und Afrika, den er entscheidend vorangebracht hat. Bersani hat sich in unzähligen Bereichen aktiv eingesetzt und dabei eine beispiellose moralische Integrität und zivilgesellschaftliches und politisches Engagement für Projekte im Dienste des Gemeinwohls an den Tag gelegt.

Er hat die Politik von je her als die edelste Form der Nächstenliebe gesehen, indem er gegen Ungerechtigkeiten weltweit gekämpft und das politische Engagement gänzlich als Mission im Auftrag des Volkes, des Friedens und der Solidarität unter den Völkern verstanden hat.

Als Vermittler bei zahlreichen Konflikten im Senegal, in Uganda, Somalia oder Äthiopien zählte er bei den damaligen politischen Führern in Afrika zu den beliebtesten Partnern. Er war allseits bekannt, obwohl er nie darauf bedacht war, sich selbst in den Vordergrund zu stellen. Er war ein überzeugter und konsequenter Katholik, was er nicht nach außen darstellte, sondern mit den Prinzipien lebte, für die er einstand. Im Bereich der Freiwilligenarbeit und

der internationalen Zusammenarbeit war er ein Unterstützer von großzügigen Initiativen, deren Wert sich auch an deren Nachhaltigkeit messen lässt.

Ich hoffe, dass sein beispielhafter Lebensweg uns allen zum Vorbild dienen und die Jüngeren heute und in der Zukunft weiterhin inspirieren wird.

Pier Ferdinando CASINI

Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im italienischen Senat

Philip BRADBURN,

Träger des Order of the British Empire (OBE), MdEP, 1951 2014

Nachruf für den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments

Mit seiner Wahl ins Europäische Parlament war Philip Bradbourn 1999 an einem zeit seines Lebens gehegten Ziel angelangt. 15 Jahre lang sollte er dieses Mandat als konservativer Abgeordneter der West Midlands verdienstvoll wahrnehmen. Durch seinen Tod im Dezember 2014, weniger als sechs Monate nach seiner Wiederwahl, haben seine Wähler einen engagierten Vertreter, und das Europäische Parlament einen erfolgreichen und einsatzbereiten Politiker verloren.

Während seines ersten Mandats machten ihn seine kommunalpolitischen Erfahrungen zu einem geschätzten Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr. Von 1999 bis 2010 war er parlamentarischer Geschäftsführer der konservativen Mitglieder des Europäischen Parlaments und hatte als solcher einen erheblichen Anteil an der Diszipliniertheit und dem Erfolg der Konservativen in dieser Zeit. Als Berater genoss er das Vertrauen dreier Fraktionsführer. Während seines zweiten Mandats wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ernannt. Während seines dritten Mandats hatte er den Vorsitz der interparlamentarischen Delegation EU-Kanada inne, eine ideale Aufgabe für ihn als überzeugten Atlantiker. Mit der Haushaltsprüfung arbeitete er sich in ein für ihn neues Aufgabengebiet ein, wobei er bei der Verfolgung von Verschwendung und Misswirtschaft forensische Fähigkeiten bewies und eine scharfe Rhetorik an den Tag legte.

Phil war stolz darauf, ein „Junge aus dem „Black Country“ zu sein, der in Tipton geboren wurde und die „Tipton Grammar School“ besuchte. Nach seinem Abschluss am Wulfrun College wurde er als Beamter für Raumplanung Mitglied des Bezirksrats von South Staffordshire. Seitdem war er bis zu seiner Wahl ins Europäische Parlament für die Bezirksverwaltung tätig.

1969 schloss er sich den „Young Conservatives“ an und wurde innerhalb von kurzer Zeit zu ihrem regionalen Vorsitzenden in den West Midlands. Später wurde er britischer stellvertretender Vorsitzender des Demokratischen Jugendverbands Europas (Christdemokraten und Konservative), wo er zum ersten Mal mit einigen seiner späteren Kollegen aus dem Europäischen Parlament zusammentraf. Von 1990 bis 1993 leitete er als nationaler Vorsitzender des Politischen Zentrums der Konservativen Treffen mit Ministern und beriet bei vielen Anlässen Premierministerin Margaret Thatcher. Seinen letzten ehrenamtlichen Posten hatte er als Vorsitzender der Konservativen in den West Midlands in den Jahren 1997 bis 1999 inne. Nachdem er 1992 und 1994 zweimal erfolglos für das

Europäische Parlament kandidiert hatte, wurde er schließlich 1999 als einer von vier konservativen Mitgliedern für die Region West Midlands ins Europäische Parlament gewählt.

1994 wurde ihm zu Ehren des Geburtstags der britischen Königin für seinen Dienst in der öffentlichen Verwaltung und die Wahrnehmung politischer Ämter der „Order of the British Empire (OBE)“ verliehen. Er war sehr stolz auf diese Auszeichnung. Dennoch war er sehr überrascht, als er in seinen ersten Wochen als Mitglied des Europäischen Parlaments ein internes Schreiben erhielt, dass an „Herrn OBE“ gerichtet war!

Phil war stets ein entschiedener Anwalt konservativer Grundsätze. Er befürwortete das Engagement des Vereinigten Königreichs in Europa, gleichzeitig war er aber ein starker Verfechter der lokalen Rechenschaftspflicht. Er sprach sich gegen die Erweiterung der Kompetenzen der EU aus, die er mit dem Ausdruck „treaty creep“ als schleichende Ausdehnung der Verträge vehement ablehnte. Er verfolgte jedoch eine pragmatische Herangehensweise, und wenn EU-Mittel, insbesondere für Projekte im Verkehrsbereich, zu vergeben waren, stellte er sicher, dass seine Region Nutzen daraus zog. Seine zahlreichen Reden vor dem Plenum waren immer klar und auf das Thema bezogen.

Phil schätzte die Gesellschaft seiner Kollegen und war regelmäßig in der Abgeordnetenbar anzutreffen, um etwas mit ihnen zu trinken und zu plaudern. Energisch verteidigte er sein Recht darauf, in den Gebäuden des Europäischen Parlaments zu rauchen. Malta, wo er eine Ferienwohnung besaß, fühlte er sich sehr verbunden. Es war ihm viel daran gelegen, junge Menschen zu Beginn ihrer Karriere zu fördern, und viele seiner Schützlinge haben später tatsächlich Spuren im politischen Leben hinterlassen.

Phil lebte lange in der Nähe seines Elternhauses in Tipton, bevor er sich in Stonnal in Staffordshire niederließ. Er war in der Konservativen Partei durch alle Ränge hindurch bekannt. Anlässlich seines Todes bekundete Premierminister David Cameron und der Vorsitzende der Konservativen Partei Grant Shapps ihre Hochachtung für den Verstorbenen.

**Malcolm HARBOUR, Ehrenkomptur des Ordens des Britischen Empire (CBE)
EVP-ED 1999-2009, EKR 2009-2014**

Leo TINDEMANS

Selten liefen die Würdigungen einer Persönlichkeit des politischen Lebens auf eine gemeinsame Feststellung hinaus: Leo Tindemans war ein überzeugter Europäer.

Für uns als Student bzw. junger belgischer Mandatsträger der 70er-Jahre war Leo Tindemans von erstaunlicher Modernität, nicht nur in seiner Sichtweise vom belgischen Föderalismus, sondern auch der von der Zukunft Europas.

Er verstand es, durch eine klare, überlegte Sichtweise zu überzeugen, bei der er gleichwohl ein abgehobenes Elitedenken vermied. Er stand den Menschen und somit den Herausforderungen nahe. In Belgien bleibt er unbestreitbar einer der Gründerväter eines Föderalismus auf der Grundlage von Verantwortung, Achtung der Vielfalt und Solidarität. Seine unerschütterliche Überzeugung, dass Veränderungen nach den Regeln eines Rechtsstaats vollzogen werden mussten, spiegelte sich in seiner Erklärung vor dem belgischen Parlament vor der Auflösung einer von ihm geleiteten Regierung wider: „Die Verfassung ist nicht bloß ein Stück Papier“.

Die Vision von Europa, die er in seinem Bericht über die Zukunft Europas zum Ausdruck brachte, war durchzogen von eben diesem Bemühen um Klarheit, Achtung des Rechts, um die Achtung des Menschen und der Werte Europas, wobei er hellseherische Vorstöße für eine Wirtschafts- und Währungsunion wagte. Seine Mahnungen und Befürchtungen sind nach wie vor von beängstigender Aktualität. Bei der Verleihung des Karlspreises 1976 in Aachen warnte er die Staatschefs vor einem unvollendeten Europa, denn „ein unvollendetes Bauwerk kann dem Zahn der Zeit nicht standhalten“.

Seine Gedanken und Handlungen beruhten auf seinen philosophischen Überzeugungen.

Für Leo Tindemans musste sich die europäische Wirtschaft von ungesundem Wettbewerb befreien, aber im Gegensatz zu anderen Erdteilen sei das Wirtschaftswachstum kein Ziel an sich, sondern müsse den Bürgerinnen und Bürgern dienen.

In den Augen von Leo Tindemans hat die Achtung des Menschen, einer der wesentlichen Werte Europas, ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Gesellschaft geschaffen. Während seines Mandats beim Europäischen Parlament war Leo Tindemans traurig darüber, dass kaum eine Generation nach den Gräueln des letzten Weltkriegs die Polarisierung, die Gewalt wieder aufkamen, wodurch eine so mühsam erkämpfte Freiheit wieder in Frage gestellt wurde. Europa hatte mit ihm eine politische Persönlichkeit, die noch den Mut besaß zu sagen, dass ein Einsatz für Europa bedeutete, sich für das Wohl des eigenen Landes einzusetzen.

Mathieu GROSCH
PPE-DE, Belgique (1994-2014)

AIACE

Der Vorstand des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments möchte seine Mitglieder über die Internationale Vereinigung der ehemaligen Angehörigen der Europäischen Gemeinschaften in Kenntnis setzen, die unter dem Akronym AIACE (nach ihrer französischen Bezeichnung Association Internationale des Anciens de l'Union Européenne) bekannt ist.

Die Vereinigung AIACE pflegt seit 1969 enge Kontakte zu den ehemaligen Beamten der verschiedenen EU Organe und vertritt sie beim Umgang mit der EU und mit nationalen Stellen.

Die AIACE gliedert sich in nationale Sektionen (derzeit gibt es nur 15 Sektionen, genauer gesagt nur für die Mitgliedstaaten, die der EU vor 2004 beigetreten sind) und hat einen internationalen Vorstand und einen Verwaltungsrat, der mit den Organen vor allem bezüglich der Versorgungsbezüge und des Krankenversicherungsschutzes im Rahmen des Gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystems (Engl.: JSIS, Frz.: RCAM) im Kontakt steht.

Aus meinen Gesprächen mit dem Leiter des Referats Entschädigung und soziale Rechte der Mitglieder innerhalb der Generaldirektion Finanzen des Europäischen Parlaments, das für die Versorgungsbezüge und den Krankenversicherungsschutz der MdEP zuständig ist, kann ich ableiten, dass dieses Referat in seinem Zuständigkeitsbereich hervorragende Dienste für ehemalige MdEP (die einem anderen Statut unterliegen als ehemalige Beamte) leistet. Richten Sie Ihre Anliegen in diesem Zusammenhang bitte an folgende E-Mail-Adresse: former MEP.rights@europarl.europa.eu.

Jede nationale Sektion organisiert jedes Jahr eine Reihe von gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, um den Kontakt der Mitglieder untereinander zu fördern.

Mehrere ehemalige MdEP, die auch als EU Beamte tätig waren, sind der nationalen Sektion ihres Mitgliedstaats beigetreten und erachten dies als eine sehr wertvolle Erfahrung.

Der internationale Präsident von AIACE hat mich darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Vereinigung sich sehr über den Beitritt von ehemaligen MdEP freuen würde. Wenn Sie Mitglied der Vereinigung werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre nationale Sektion, die dies sicher sehr begrüßen würde.

Sie finden auf der Website der Vereinigung (<http://www.aiace-europa.eu>) im Bereich „Struktur“ eine Aufstellung von Telefonnummern und E-Mail-Adressen aller 15 nationalen Sektionen.

Anthony SIMPSON

FÜR EIN EUROPA DER SICHERHEIT

Das Grauen, das wir in Frankreich mit dem blutigen Anschlag auf Charlie Hebdo und auf das Lebensmittelgeschäft an der Porte de Vincennes im Osten von Paris erlebt haben, hat das Herz unserer Nation schwer verletzt, und die Wunden sind noch lange nicht verheilt.

Es kam zu einem spontanen Aufstand gegen diesen grausamen Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die Menschen brachten ihre Wut zum Ausdruck und würdigten gleichzeitig das Talent der Zeichner der Satirezeitschrift, zollten den für die Sicherheit zuständigen Polizisten ihren Respekt, wiesen die Gräueltaten des Antisemitismus weit von sich, prangerten die Verbindung zwischen Fundamentalismus und Terrorismus an und verteidigten die Republik ...

Am 11. Januar kam das französische Volk – wie so oft in der Geschichte – wieder zu Atem. Die internationale Gemeinschaft vor Ort bekundete ausdrucksstark ihre Solidarität und Anteilnahme. Die staatlichen Stellen Frankreichs waren den Anforderungen der Republik gewachsen.

Jetzt sind wir mit einer zweifachen Herausforderung konfrontiert:

- Zum einen müssen wir eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um den Terrorismus wirksam zu bekämpfen. Dazu zählen unter anderem Maßnahmen im Bereich der Nachrichtendienste, der Verteidigung, der Polizei und der Justiz.

- Zum anderen müssen wir durch unsere Integrations- und Bildungspolitik erreichen, dass wenig Menschen Frankreich und unseren europäischen Werten feindlich gesinnt sind.

In beiden Belangen ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sowohl dringend als auch unbedingt erforderlich. Europa muss in Anbetracht des wachsenden Bedarfs an Sicherheit seiner Bürger tätig werden.

Vielleicht gelingt es Europa, hier für die Bevölkerung etwas zu erreichen, was ihm im Bereich der Beschäftigung – der den europäischen Bürgern ebenso Sorge bereitet – noch nicht gelungen ist.

Jean-Pierre Raffarin

Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte im französischen Senat

FÜR FREIHEIT UND TOLERANZ

Der Schläge wegen, die dich treffen
Für den, der sich nicht wehrt
Für die, die sich verstecken
Der Angst wegen, die dich lähmt
Deiner Schritte wegen, die sie verfolgen
Der Willkür wegen, mit der sie dich bedrängen
Deiner Kinder wegen, die sie ermorden
Rufe ich zu dir, Freiheit
(Nach Paul Éluard, 1942)

Am 11. Januar versammelten sich auf den Straßen von Paris und anderen europäischen Städten Menschenmengen, um geschlossen ihre Ablehnung von Terrorismus und Unmenschlichkeit zu bekunden, die zu Tod und Zerstörung führen. Zur Ermordung von elf Karikaturisten der Zeitschrift Charlie Hebdo, von weiteren sechs Personen und drei Polizisten. Rund vier Millionen Franzosen demonstrierten auf den Straßen von Paris und in anderen Städten Frankreichs, um die demokratischen Werte zu verteidigen. Es war ein brutaler Anschlag, der sich gegen das Herz der Demokratie richtete. Gegen das Zusammenleben und die Toleranz, die Meinungsfreiheit und den Respekt gegenüber dem anderen, den Dialog und die Verständigung. Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit sind die festen Prinzipien, die in Frankreich seit mehr als zweihundert Jahren tief verwurzelt sind. Es ist ein beispielhaftes Land, die kulturelle und religiöse Vielfalt sind Teil seines Wesens und seiner Identität. „Ich bin Charlie“, „Ich bin Jude“ und „Ich bin Polizist“ lauteten die Rufe, die entlang der langen Wegstrecke am meisten vernehmbar waren. Neben europäischen Regierungschefs waren auch der Präsident der Palästinensischen Behörde Mahmud Abbas, der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu und der Präsident Malis Ibrahim Boubacar Keita zugegen. Allerdings blieben einige Protagonisten der Kundgebung fern, was wiederum für sich sprach. Etwa Marine Le Pen, Vorsitzende der rechtsextremen Partei Front National, und ihr Vater, Jean-Marine Le Pen, die die politische Konfrontation dem Anschein nach für wichtiger erachteten, als die Verbundenheit im Leid und die Solidarität.

Die französische Gesellschaft hat der gesamten Welt ein Beispiel vorgelebt, nämlich das ihrer entschlossenen Stärke gegenüber den Feinden der Meinungsfreiheit und gegenüber der Intoleranz. Führende Vertreter der islamischen und jüdischen Gemeinschaft gingen Seite an Seite, um zu zeigen, dass Gewalt und Hass keine Konfession kennen. Der Dschihad-Terrorismus hat es zu verantworten, dass in der französischen Hauptstadt ein Blutbad angerichtet wurde.

Seit Jahren schon ist zu beobachten, wie Grundrechte bedroht werden, und zwar von Menschen, die nicht vor Mord, Entführung, Gewalt und dem Schüren von Angst zurückschrecken, um an die Macht zu gelangen und Gewaltherrschaft durchzusetzen. Die Attentate von New York, London, Madrid und Paris sind das makabre und tragische Resultat dieser Unmenschlichkeit. Daher müssten die europäischen Innenminister tätig werden, um die Demokratie mit den Mitteln des Gesetzes und der Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Es muss entschlossener und koordinierter vorgegangen werden. Sagen wir ja zur Kooperation und polizeilichen Zusammenarbeit. Ja zum Teilen und Austausch von Informationen, etwa im Rahmen des Schengener Informationssystems, und zum reibungslosen Ablauf der Arbeit von Europol. Ja zur Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Strategie gegen den Terrorismus. Ja zur Verfolgung des illegalen Waffenhandels, der im Rahmen der europäischen Feuerwaffen-Richtlinie geregelt wird, und zur Stärkung des Fonds für die

innere Sicherheit. Kurz und gut, ja zum Versuch, vorzuschauen, um jegliche Art von Extremismus und Radikalismus, wie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, vorzubeugen.

María IRIGOYEN PÉREZ, Politologin

UKRAINE

Seit ihrer Unabhängigkeit 1991 hat die Ukraine noch nie zuvor eine solch beispiellose Herausforderung und einen solch beispiellosen Wandel durchlebt, wie es 2014 der Fall war. Der Wandel ging nicht von den staatlichen Institutionen aus, sondern von der Basis und vom Willen des Volkes. Die Majdan-Bewegung wurde von Studenten initiiert, am Ende jedoch wurde eine ganze Gesellschaft mobilisiert. Es war nicht klar, für wie lange oder ob sie Bestand haben würde. Es wurde vermutet, dass der frostige Kiewer Winter und das orthodoxe Weihnachtsfest im Januar 2014 einen Wendepunkt darstellen könnten, aber die Massenprotestbewegung gewann weiter an Zulauf. Wie jede Massenbewegung war sie heterogen, und aus vielen Richtungen fühlten Menschen sich zu ihr hingezogen. Sie jedoch derart abwertend zu beschreiben, wie sich Präsident Putin dafür entschieden hat, nämlich als von antisemitischen, russophoben und neonazistischen Kräften geleitet, stellt ein Zerrbild dar und eine eigennützige grobe Unwahrheit. Keine russische Propaganda und keine Wiederholung dieser Unwahrheit darf zugelassen werden, um die Bewegung des Majdan zu diffamieren. Die Geschichte des Majdan ist eine Geschichte über die Würde des Einzelnen und über den kollektiven Wunsch einer Gesellschaft, eine neue Richtung einzuschlagen.

Der Majdan war ein innerer Ruf nach einem grundlegenden Wandel. Die Demonstranten schwenkten die Fahnen der EU und der Ukraine. Sie wollten einen Wandel und keine vagen Versprechen. Sie wollten ihr Land von Korruption befreien. Die EU war in ihren Augen ein Leuchtturm der Freiheit, der Demokratie, der Hoffnung und der Möglichkeiten. Sie wurden Zeugen ihrer Fähigkeit zum Wandel, wenn sie auf ihren unmittelbaren Nachbarn Polen blickten, hinter dessen Fortschritte sie weit hinterherhinkten, obgleich doch der postsowjetische Ausgangspunkt der beiden Länder weitgehend identisch war. Diese Menschen haben sich dafür entschieden, in eine andere Zukunft aufzubrechen, und nicht auf den überkommenen Pfaden der Vergangenheit zu wandeln. Sie waren keine Marionetten, die eine im Geheimen agierende äußere Macht hätte manipulieren können. Der Ursprung dieser Bewegung lag irgendwo in den Tiefen des ureigensten Bewusstseins und Willens der ukrainischen Bevölkerung.

Seit dem Zusammenbruch der Regierung Janukowytsch und der von Russland unterstützten Flucht ihrer Protagonisten hat die Ukraine im Jahr 2014 erfolgreich zwei Wahlen – die Präsidentschafts- und die Parlamentswahl – abgehalten, der beispiellosen Schwierigkeiten, mit denen das Land konfrontiert ist, zum Trotz. Die Stimmen, die an Extremisten gingen, waren verschwindend gering. Die Wahlen sind ein eindeutiger Ausdruck des demokratischen Willens der breiten Mehrheit der Wähler. Aus der Werchowna Rada ging eine Regierung hervor, die von einer parlamentarischen Mehrheit gestützt wird und handlungsfähig ist. Dies ist wichtig, weil die Ukraine institutionell stabil sein muss, um sich ihren vielfältigen Krisen zu stellen. Das neue Programm der Regierung ist lang und komplex. Ihr Versprechen zu halten, wird sie enorme Anstrengungen kosten. Es wird keine einfach zu erfüllende Aufgabe sein, aber es ist ein Anfang, ein wichtiger erster Schritt. Die Ukrainer werden dafür nicht nur das Wohlwollen, sondern auch die praktische Solidarität der Außenwelt brauchen, insbesondere die der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten.

Der Zustand der Wirtschaft gibt Anlass zu größerer Sorge. Steigende Preise, fallende Wechselkurse, ein Rückgang der Wirtschaftsleistung und die zusätzlichen volkswirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Ausgaben für den Krieg im Osten des Landes stellen die Regierung vor eine ernsthafte Herausforderung. Dies gilt gleichermaßen für die EU und alle anderen, die sich verpflichtet haben, der Ukraine zu einem Neuanfang zu verhelfen. Es gibt keine schnelle und kostengünstige Lösung. Die Ukraine wird für viele weitere Jahre im Zentrum der kollektiven Unterstützung und Aufmerksamkeit stehen müssen.

Der Minsk-Prozess, der im September letzten Jahres im Zuge des Versuchs ausgehandelt wurde, die militärische Krise im Donbass einzudämmen und die Grundlage für einen Dialog ausfindig zu machen, wurde häufiger gebrochen, als dass seine Bedingungen eingehalten worden wären. Aufgrund der bislang festgestellten Diskrepanz zwischen Wort und Tat bei der Einhaltung seiner Bestimmungen ist diesem Prozess die für einen Erfolg notwendige Glaubwürdigkeit abhanden gekommen. Ein Dialog, bei dem über die Realitäten vor Ort hinweggesehen wird, wäre ein trügerischer Weg nach nirgendwo. Für einen Erfolg müssen alle Beteiligten redliche Absichten hegen. Die Situation wird noch komplizierter, weil Russland das Ausmaß seines Engagements in diesem hybriden Stellvertreterkrieg und seine „humanitären“ Versorgungslinien durch die durchlässigen Grenzen im Osten auf wenig glaubwürdige Weise abstreitet. Die weihnachtliche Ruhe musste neuen Angriffen weichen, in deren Mittelpunkt der Flughafen von Donezk stand, ein totemistischer Ort, der von beiden Seiten zum Symbol hochstilisiert wurde.

Die Ukraine blickt auf eine glücklose Geschichte zurück, was die Tatsache betrifft, dass der Wechsel von Regierungen mit einer Ablösung von Personen, nicht aber mit einem Wandel in der Praxis einherging. Die Zeiten, in denen die öffentliche Verwaltung und die Justiz im Verborgenen und hinter verschlossenen Türen durch unsichtbare Akteure manipuliert wurden, müssen ein Ende haben. Die Eindämmung der zwielfichtigen politischen Rolle und des Einflusses von Oligarchen muss Teil dieses Bedürfnisses nach Wandel sein. Die Gewaltenteilung zwischen der Politik und der Rechtspflege stellt eine wesentliche Reform dar. Gesetze müssen angewandt werden, und zwar ohne Furcht, Bevorzugung, Tücke oder Befangenheit, und sie müssen auch so empfunden werden. Ohne eine unabhängige Justiz wird die Ukraine weiterhin darum kämpfen, sich selbst von den Altlasten zu befreien, die sie in der Vergangenheit daran gehindert haben, eine bessere Zukunft für ihre Bevölkerung aufzubauen. Mehr als alles andere muss die systemische und tief verwurzelte Korruption ausgemerzt werden. Sie ist der Feind im Inneren, der nicht weniger als alle äußeren Feinde darauf bedacht ist, sich einem Wandel zu widersetzen.

Auch das Jahr 2015 wird seine Geschichte schreiben. Lassen Sie uns für die Ukraine hoffen, dass es schlussendlich eine Geschichte von Reformen, Erneuerung und Hoffnung sein wird. Die Ukrainer haben es sich verdient.

Pat COX
ALDE, Irland (1989-2004)

SCHWEDEN UND DIE NATO

Erst kürzlich, im Jahr 2014, konnte Schweden den 200. Jahrestag ununterbrochenen Friedens feiern. In Europa und weltweit können nur wenige Länder auf eine ähnlich glückliche Vergangenheit zurückblicken.

Jahrhunderte ununterbrochenen Friedens – wie kam es dazu? Als Erklärung werden häufig Schwedens geographische Lage genannt, außerdem seine Politik der Blockfreiheit, die Entschlossenheit seiner politischen Führungspersonlichkeiten, keine Beteiligung des Landes an einem Krieg zuzulassen, die verhältnismäßig starken Streitkräfte des Landes und, was nicht zu vernachlässigen ist, die Tatsache, dass Schweden häufig einfach großes Glück hatte.

Wie sie auch immer zustande gekommen sein mag, diese lange Friedenszeit wirkt sich sehr stark auf die Mentalität der Schweden aus. Die Neutralität wird nicht nur als wirksames Mittel angesehen, um Angriffen und einer Beteiligung an Kriegen vorzubeugen, sondern auch als etwas, was unserer Nation eine gewisse moralische Überlegenheit verleiht, als ein Land dessen Friedfertigkeit erwiesen ist! Wir machen uns nicht immer bewusst, dass wir unsere Freiheit jenen verdanken, die für ihre eigene Freiheit gekämpft und gelitten haben.

Jahrzehntlang wurde es mit großer Skepsis betrachtet, wenn jemand die Neutralität auch nur in Frage stellte, und jeder Politiker, der dahingehende Überlegungen anstellte, erschütterte damit das Vertrauen der Öffentlichkeit in seine Person.

Diese Einstellung veränderte sich ein wenig – aber nur ein wenig! – nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende der kommunistischen Regimes in Europa. Die Blockfreiheit blieb weiterhin eine der Grundlagen unserer Sicherheitspolitik und die Liberale Volkspartei war viele Jahre lang die einzige Partei, die sich für Schwedens Beitritt zu NATO aussprach.

Die Instabilität, die durch die Besetzung der Krim durch Russland und die Eingliederung der Halbinsel in das russische Staatsgebiet ausgelöst wurde, die aggressive Politik Russlands gegenüber der Ukraine und Moldawien, drohende Äußerungen von Präsident Putin und anderen russischen Führungspersonlichkeiten, der schnelle Anstieg der russischen Truppenstärke in der Ostseeregion und die Aktionen der Luftwaffe und Flotte Russlands in unserer unmittelbaren Nachbarschaft haben sich auf die öffentliche Meinung in meinem Land ausgewirkt.

Meinungsumfragen zeigen, dass die Unterstützung für eine Mitgliedschaft Schwedens in der NATO stark gestiegen ist. In einer im vergangenen Monat durchgeführten Umfrage, die im Auftrag des schwedischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens durchgeführt wurde, sprachen sie 29 % der Befragten für und 32 % gegen eine Mitgliedschaft aus. In der Vergangenheit waren üblicherweise 50 % oder mehr gegen eine Mitgliedschaft. Die Tatsache, dass sich 49 % angesichts dieser Frage unentschieden zeigten, kann als Folge einer gewissen Verwirrung interpretiert werden.

Ein Regierungsausschuss, der sich mit der Sicherheit Schwedens befasst, schlug vor, dass Finnland und Schweden gemeinsam die Frage einer NATO-Mitgliedschaft prüfen sollten.

Die vier politischen Parteien – Moderate Sammlungspartei, Liberale Volkspartei, Zentrumspartei und Christdemokraten – die Schweden 2006-2014 als „Allianzregierung“ regierten, scheinen jetzt alle einer Mitgliedschaft Schwedens in der NATO offen gegenüberzustehen. Die jetzige, aus Sozialdemokraten und Grünen bestehende Regierung ist dagegen. Dieselbe Auffassung vertritt auch die Linkspartei, während die rechtspopulistische Partei der Schwedendemokraten eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der NATO, jedoch ohne eine Mitgliedschaft, zu befürworten scheint.

Natürlich ist für den Beschluss, der NATO beizutreten, eine belastbare politische Mehrheit erforderlich. Diese könnten die Sozialdemokraten und die Parteien der „Allianzregierung“ stellen. Ministerpräsident Stefan Löfven (Sozialdemokraten) hat dies für die laufende Legislaturperiode, die 2018 zu Ende geht, ausgeschlossen.

Damit ist die Frage jedoch nicht endgültig ad acta gelegt. Die Parteien, die eine Mitgliedschaft befürworten, werden ihr Möglichstes tun, um eine Mehrheit der Schweden für ihre Auffassung zu gewinnen. Weitere militärische Interventionen Russlands oder ein verstärkter Druck Russlands auf Finnland und/oder die baltischen Staaten könnte die Lage rasch verändern. Sollte Finnland sich – aus welchen Gründen auch immer – entscheiden, die NATO-Mitgliedschaft zu beantragen, könnte auch Schweden sich dazu entschließen.

Die verstärkte Instabilität hat zudem den Beschluss Schwedens nach sich gezogen, seine Streitkräfte zu verstärken. In welchem Ausmaße dies geschehen wird, bleibt abzuwarten. Im Europäischen Rat hat sich Stefan Löfven, der schwedische Ministerpräsident, jedenfalls für eine Ausweitung der Sanktionen gegen die russische Wirtschaft ausgesprochen.

Hadar CARS

ALDE, Schweden (1995-1999)

EIN KOFFER, DER LEBEN RETTEN KANN

Wir müssen helfen! Mit diesem Impuls machte sich die etwa hundert Mitglieder zählende Sierra Leone Community in Nordrhein-Westfalen, dem grössten deutschen Bundesland, daran, eine Benefizgala in der Landeshauptstadt Düsseldorf zu organisieren. Zu tief war die Erschütterung über die Horrornachrichten, mit denen man täglich in den Medien aus Guinea, Liberia und Sierra Leone über die Ebola-Katastrophe konfrontiert wurde.

Ich wollte auch helfen, denn Sierra Leone hatte ich bei einem besonderen Anlass kennengelernt: 2002 war ich dort in dem vom zehnjährigen Bürgerkrieg zerstörten Land mit einer Wahlbeobachtungsmission des Europäischen Parlamentes, damals als Mitglied des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit und Vizepräsidentin der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP/EU. Es bedurfte nicht viel Fantasie mir vorzustellen, welche Rückschläge diese Seuche für ein Land auf dem Weg zur Demokratisierung mit ersten wirtschaftlichen Wachstumserfolgen bedeutet. Deshalb habe ich das Vorhaben sehr gern unterstützt.

Es wurde ein voller Erfolg mit einem bunten Programm aus Musik, Unterhaltung und Information zum Mitsingen, Mitklatschen, Mittanzen und Mitdenken - ein Feuerwerk afrikanischer Lebensfreude und grossartiger Performance von Künstlern aus aller Welt, die ihre Kultur und ihr Engagement mitgebracht haben in ihre neue Heimat an Rhein und Ruhr. Mitgeholfen haben auch die Deutsche Welle, der deutsche Auslandssender, mit einem beklemmenden Film über Ebola-Einsätze in Freetown, der Hauptstadt Sierras Leones, und der afrikakundigen Moderatorin Maja Braun. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hat eine bewegende Videobotschaft übersandt, nordrhein-westfälische Europaabgeordnete haben mit einführenden Worten ihre Solidarität bekundet, der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Thomas Geisel, hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Ein Highlight des Abends war die Vorstellung eines Ebola-Laborkoffers, den der ägyptische Wissenschaftler Ahmed Abd El Wahed vom Primatenzentrum Göttingen entwickelt hat. Er ist mobil einsetzbar, solarbetrieben und liefert in nur 15 Minuten am Ort die Diagnose. Das ist einfach ideal für Länder mit mangelnder Infrastruktur, aber auch für den sinnvollen Einsatz auf europäischen Flughäfen und in unseren Krankenhäusern. Für die Herstellung fehlen noch Sponsoren. Ein Koffer kostet etwa 5000 Euro. Die Europäische Union hat über eine Milliarde Euro für Ebola-Bekämpfung bereit gestellt. Da müssten doch ein paar zehntausend Euro für einen Koffer drin sein, der tausende Menschenleben retten kann. Martin Schulz, bitte übernehmen!

Karin JUNKER
PSE, Allemagne (1989-2004)

DIE ENTSCHEIDUNG DES GERICHTSHOFS

Alle 28 Mitgliedstaaten der EU haben die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnet. Jedes dieser 28 Länder ist Mitglied des Europarats und untersteht damit der Gerichtsbarkeit des Straßburger Gerichtshofs.

Angesichts dessen sieht der Vertrag von Lissabon (Art. 6 EUV) vor, dass die EU als Ganzes der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitrifft – jedoch unter der Bedingung, dass der Beitritt „die Zuständigkeiten der Union und die Befugnisse ihrer Organe unberührt lässt“ (Prot. Nr. 8).

Dies ist – ähnlich wie die Erfüllung der Vorschrift „Catch 22“ aus dem Roman von Joseph Heller – ein Ding der Unmöglichkeit. Dies ist dem Gerichtshof der EU selbstverständlich nicht verborgen geblieben, jener Institution also, deren „Zuständigkeiten“ durch die Kompetenzen eines anderen Gerichts, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, ernsthaft beschnitten würden.

In dem Gutachten vom 18. Dezember 2014, mit dem der Gerichtshof der EU den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten als „mit dem Unionsrecht unvereinbar“ zurückgewiesen hat, werden jedoch nicht nur Ansprüche auf rechtsprechende Befugnisse geltend gemacht. Es handelt sich auch um eine politische Betonung der ganz eigenen, rechtlich unabhängigen Natur der Union, ihrer Rechtspersönlichkeit, die nicht von jener der einzelnen Staaten abhängig ist (Art. 47 EUV).

Der Gerichtshof hat damit also erneut auf die Grundidee hingewiesen, mit der die Mitgliedstaaten der EU ausgeschlossen haben, dass ihre gegenseitigen Beziehungen durch irgendein anderes Recht außer dem der Union geregelt würden. Der Beitritt der EU würde jedoch eine „Kontrolle von außen“ durch eine internationale Organisation, zu der 47 Staaten gehören, nach sich ziehen: neben den 28 Mitgliedstaaten der EU sind dies 19 weitere Staaten, von der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bis Aserbaidschan, von Russland bis zur Türkei. Und die EU würde außerdem einer Kontrolle durch den „bewaffneten Arm“ dieser Organisation in Bezug auf die Rechtsprechung, nämlich den Gerichtshof in Straßburg, unterliegen, dem ein Richter aus jedem der Mitgliedstaaten angehört. Diese Richter würden paradoxerweise im Falle eines Beitritts der EU nicht einmal den Einschränkungen unterliegen, die für den Gerichtshof der EU in den sensiblen Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bestehen.

Das zentrale Argument des Gutachtens ist also, dass etwas, was für die einzelnen Mitgliedstaaten und ihre innerstaatlichen Rechtssysteme sinnvoll ist, für die Union in ihrer

Gesamtheit möglicherweise keinen gangbaren Weg darstellt. Die EU ist politisch und juristisch mehr als die Summe ihrer 28 Mitgliedstaaten.

Eine interessante Folge dieses Gutachtens ist, dass die vielzitierten „technischen Erläuterungen“, die als Randbemerkungen die dem Vertrag von Lissabon beigefügte Charta der Grundrechte der Europäischen Union begleiten, ihre Bedeutung zu einem großen Teil verlieren würden.

Diese Zweck dieser „Erläuterungen“ war es, die inhaltliche Auslegung der einzelnen Artikel der Grundrechtecharta für die Rechtsprechung von Straßburg und ihre Entwicklung sicherzustellen (Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 52 Absatz 7).

Damit sollte gegen die Eigenständigkeit der Wirkung und der Entwicklung der Grundrechtecharta angegangen werden. Der Stand der Dinge ist zurzeit, dass die europäischen Richter klargestellt haben, dass es große Schwierigkeiten bei der Verschmelzung von zwei unterschiedlichen Rechtsräumen gibt, die sich durch ihre politische Geografie und ihre geltenden Rechtsordnungen unterscheiden.

Andrea MANZELLA
PSE, Italie (1994-1999)

DIE EIGENMITTEL DER EUROPÄISCHEN UNION

1. In Artikel 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist festgelegt, dass sich die Union „mit den erforderlichen Mitteln [ausstattet], um ihre Ziele erreichen und ihre Politik durchführen zu können“ und dass „der Haushalt [...] vollständig aus Eigenmitteln finanziert“ wird. Damit werden zwei Grundsätze bekräftigt, die jede gesunde Volkswirtschaft beachten sollte: hinreichende Mittelausstattung, d. h. es sollten genügend Einnahmen zur Deckung der Ausgaben vorgesehen werden (anders ausgedrückt: man sollte nicht über seine Verhältnisse leben), und Finanzautonomie, d. h. Finanzierung aus eigenen Mitteln, ohne auf den guten Willen anderer Entscheidungszentren oder -ebenen angewiesen zu sein.

Leider wurden diesen beiden seit dem Beginn des europäischen Einigungsprozesses fest in den Verträgen verankerten Grundsätze nicht immer beachtet. Genauer gesagt wurden sie zunächst sehr wohl beachtet, später jedoch geradezu verhöhnt.

2. Im Rahmen der EGKS wurden diese Grundsätze beachtet; die EGKS finanzierte sich durch Abgaben auf die Erzeugung von Kohle und Stahl, die direkt der Gemeinschaft zuflossen, also durch Eigenmittel. Der Gemeinsame Markt finanzierte sich zunächst durch Beiträge der Mitgliedstaaten, war jedoch auf die Einhaltung von Artikel 210 des Römischen Vertrags ausgerichtet, der das Ziel vorgab, eine vollständige Finanzierung aus Eigenmitteln zu erreichen; dieses Ziel wurde Anfang der Siebzigerjahre erreicht.

Gegen Ende des Jahrzehnts geriet die Situation jedoch aus dem Lot. Probleme bei der Berechnung der MwSt.-Eigenmittel, die Aufstockung des Gemeinschaftshaushalts sowie der Grundsatz des „angemessenen Mittelrückflusses“, auf den sich Margaret Thatcher (und in deren Folge so manches andere Land) berief, haben zu einem System geführt, welches das Europäische Parlament am 7. April 2014 im Rahmen des Berichts Dehaene/Jansen folgendermaßen charakterisierte:

„intransparent und ungerecht [...], keiner parlamentarischen Kontrolle [unterliegend] und hochkompliziert und für die europäischen Bürger [...] völlig unverständlich[,] gegen

Buchstaben und Geist des Vertrags [verstoßend] und dazu [beitragend], dass sich im jährlichen Haushaltsverfahren immer wieder das Problem stellt, dass es an Mitteln für Zahlungen fehlt“.

3. Die Situation ist derart unhaltbar geworden, dass das Europäische Parlament die Bildung einer Hochrangigen Arbeitsgruppe (Parlament, Rat, Kommission) unter dem Vorsitz von Mario Monti erreicht hat, die bis 2016 eine Reform des Eigenmittelsystems vorschlagen soll, die sich voraussichtlich an folgenden Kriterien orientieren wird:

A) Steuerhoheit der Mitgliedstaaten.

B) Steuerneutralität oder gleichbleibende Steuerbelastung (ein ebenso beliebter wie illusorischer Grundsatz). Wahrscheinlicher ist die Erschließung neuer Steuerquellen (z. B. Finanztransaktionssteuer oder Besteuerung von Flugkraftstoff).

C) Angemessenheit. - Es geht letztendlich darum, dem derzeitigen Trend entgegenzuwirken und – zumindest in einem ersten Schritt – die in Edinburgh vorgesehene Grenze von 1,25 % des BIP anzuvisieren. Wir müssen uns jedoch darüber im Klaren sein, dass bei einer solchen Größenordnung die Union nach wie vor auf zusätzliche finanzielle Mittel angewiesen sein wird.

D) Progressivität (noch immer erforderlich) und Stabilität, und zwar als Folge von Flexibilität, nicht von Starre.

E) Sichtbarkeit und Einfachheit. - Die entsprechende Erwartungshaltung der Bürger wird immer stärker.

F) Geringe Betriebskosten. - Dank der neuen Technologien können nun die MwSt.-Eigenmittel auf der Grundlage reeller Daten und nicht komplizierter (und undurchsichtiger) statistischer Berechnungen ermittelt werden.

E) Fairness gegenüber Bürgern und Mitgliedstaaten.

Wünschen wir der Hochrangigen Arbeitsgruppe viel Erfolg und fordern wir unsere in dieser Wahlperiode im Parlament vertretenen Kollegen auf, die Tradition des Europäischen Parlaments, „better taxation with better representation“ zu verlangen, in unvermindertem Umfang fortzusetzen!

José María GIL-ROBLES
PPE-DE, Espagne (1989-2004)

EIGENMITTEL - ENDLICH DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ!

Das System der Eigenmittel der Europäischen Union existiert seit nunmehr 45 Jahren. Seit mehr als 20 Jahren fordert das Europäische Parlament mit immer wieder neuen Initiativen eine grundlegende Reform.

Bei den Verhandlungen über den Finanzrahmen 2014 – 2020 hatte das Parlament zu einer seiner Bedingungen für seine Zustimmung die Einsetzung einer „Hochrangigen Arbeitsgruppe“ mit Parlaments-, Rats- und Kommissionsvertretern zu den Eigenmitteln gemacht. Die so dem Rat wirklich abgepresste Arbeitsgruppe wurde zwar installiert, hat mit Mario Monti auch einen respektablen Vorsitzenden und hat im Dezember 2014 ihren ersten Zwischenbericht vorgelegt, aber wirklich optimistisch in Richtung Fortschritt kann dieser (noch) nicht stimmen. Er ist lediglich eine Bestandsaufnahme – die wievielte?

Der Rat in seinen Teilen – den nationalen Beamten, den nationalen Regierungen, den national politisch Verantwortlichen in 28 Mitgliedsstaaten – ist zu unbeweglich, zu wenig interessiert an Transparenz und trotz ständiger anderslautender Beteuerungen an Veränderung. Für den Rat ist es eine probate Frage der Macht, die Einnahmen der EU als Beiträge der Mitgliedsstaaten deklarieren zu können.

Die Kommission, die eigentlich „Motor der Integration“ sein sollte, ist den Mitgliedsstaaten gegenüber zu liebesdienerisch, zu sehr „Sekretär des Rates“.

Dabei ist das, was das Parlament seit mehr als einer Generation verlangt, nichts Außergewöhnliches. Es ist völlig einfach, normal und demokratisch legitimiert.

- Voraussetzung für alles ist der Abbau von demokratischen Defiziten. Das Parlament ist das einzige Organ der EU, das direkt von den Völkern Europas gewählt wird. Die Abgeordneten sollen demokratische Kontrolle ausüben und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten. Gleichzeitig sollen sie aber auch Verantwortung gegenüber dem Souverän tragen und ihm Rechenschaft über Politikinhalt ablegen. Es braucht also das volle Haushaltsrecht sowohl für die Ausgaben- als auch für die Einnahmenpolitik zur demokratischen Verantwortlichkeit.

- Die Struktur der Einnahmen bedarf einer grundsätzlichen Änderung. Das gegenwärtige Finanzierungssystem – ein Gemisch aus Agrarabschöpfungen, Zucker- und Isoglukoseabgaben, Zöllen, Anteilen am Mehrwertsteueraufkommen der Mitgliedsstaaten und einem Satz am Bruttosozialprodukt – ist kaum noch für Experten zu verstehen. Die Bürgerinnen und Bürger können nicht erkennen, welche Steuern zur Finanzierung der EU-Ausgaben und in welcher Höhe entrichtet werden.

- Der „Britten-Rabatt“ ist nicht mehr gerechtfertigt und muss mitsamt den Rabatten auf den Rabatt vollständig abgeschafft werden. Die Ausgabenstruktur des EU-Haushalts hat sich in den drei Jahrzehnten erheblich verändert. Bestehende Politiken wurden mehr als einmal reformiert, andere Politikfelder und weitere Mitgliedsstaaten kamen hinzu. Die Vergünstigung für Großbritannien – auch wegen der eigenen überaus positiven wirtschaftlichen Entwicklung- ist nicht mehr zeitgemäß und führt zu ungerechten Belastungen aller anderen, auch sehr viel weniger wirtschaftlich potenten Mitgliedsländern.

- Die logische Konsequenz besteht in der Einführung einer die bisherigen Eigenmittel ersetzenden europäischen Steuer. Dabei gehen wir davon aus, dass den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern keine zusätzlichen Belastungen entstehen. Aber endlich könnten sie erkennen, mit welchen Anteilen und in welcher Höhe sie die Europäische Union finanzieren. Das Parlament hat immer offen gelassen, welche Art von Steuer erhoben werden soll. Klar war immer, dass sowohl wirtschaftliche als auch verwaltungstechnische und politische Kriterien zur Beurteilung herangezogen werden müssen. Der vorerst letzte Vorschlag der

Kommission in 2013, einen Teil der zukünftig zu erhebenden Finanztransaktionssteuer als Eigeneinnahme zu deklarieren, stieß auf die große Zustimmung des Parlaments.

Das jetzige Finanzierungssystem ist weder transparent noch demokratisch!

Auch ist festzuhalten: genau so wenig wie die Europäische Union ihre jetzige Form an einem Tag konzipiert hat, genauso wenig geht es heute darum, ein Finanzierungssystem theoretisch schlüssig, transparent und demokratisch zu entwickeln, und es morgen in die Tat umzusetzen. Aber beginnen müssen wir mit der Arbeit! Auch weil ein neues Finanzierungssystem Europa den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück greifbarer machen wird!

Jutta HAUG

S&D, Allemagne (1994-2014)

PORTUGAL UND DIE KRISE

Die internationale Krise, die während der zweiten Amtszeit von Präsident George Bush Jr. begann, konnte in den USA während der ersten Amtszeit von Barack Obama weitgehend bewältigt werden. Die von José Manuel Barroso angeführte Europäische Kommission hingegen erwies sich als äußerst schwach und fragil und ohne große Wirkkraft. Zusätzlich erschwert wurde diese Lage durch das Verhalten von Jean-Claude Trichet, der außerstande war, der Europäischen Zentralbank mehr Gewicht zu verleihen.

Mario Draghi ebnete mit seiner positiven und realistischen Herangehensweise den Weg für Fortschritte bei der Bewältigung der Krise in großen Teilen Europas. Portugal allerdings geriet aufgrund des absurden Verhaltens der rechtsgerichteten Führung des Landes, das die von der „Troika“ (IWF, EZB und Europäische Kommission) vorgeschlagenen Sparmaßnahmen erheblich und empfindlich verschärfte, in eine unbegründete Rezession. Dies wiederum führte dazu, dass die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellte, allgemeine Rentenkürzungen vorgenommen wurden, viele Unternehmen unnötig ihre Pforten schlossen und hunderttausende Menschen aller Altersgruppen gezwungen waren, auszuwandern.

Vor Weihnachten übte die von Barroso befreite Europäische Kommission heftige Kritik an der portugiesischen Regierung, die nahezu vollständig gerechtfertigt war.

Gleichwohl scheint mir, dass die Europäische Kommission die wirtschaftliche und soziale Lage Portugals nicht in ihrem ganzen Ausmaß begriffen hat: ein in Verruf geratener und befangener Staatspräsident, eine offensichtlich unpopuläre Regierung, Massenmedien, die zum Teil mit einer Rechten ohne tragfähige Konzepte verbandelt sind, eine ganze Reihe gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bereiche, die in großen Schwierigkeiten stecken.

Die Arbeitslosigkeit ist drastisch angestiegen. Unter dem damaligen Premierminister António Guterres – heute Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen – lag die Arbeitslosigkeit in Portugal Ende des letzten Jahrhunderts bei etwa 3 %, während die Staatsverschuldung knapp 60 % des Bruttoinlandsprodukts betrug. Anfang 2015 liegt die Arbeitslosigkeit landesweit bei über 13 %, und die Staatsverschuldung fällt mehr als doppelt so hoch aus wie noch um die Jahrhundertwende. Die Politik der rechtsgerichteten Regierung hatte katastrophale Folgen.

In weiten Teilen des Bildungswesens wurden zuhauf Fehler und große Dummheiten begangen, die im Wesentlichen der Regierung anzulasten sind, die auf fast allen Gebieten der öffentlichen und privaten Grund-, Sekundar- und Hochschulbildung ein grenzenloses Ausmaß an Inkompetenz unter Beweis stellte. In der Sekundarbildung ging es so weit, dass Lehrerstellen mit einer Verzögerung von zwei Monaten besetzt wurden, da man nach und nach die Kriterien änderte und eine Prüfungspflicht einführte, die jeglicher Logik entbehrte.

Im Bereich Wissenschaft und Technologie führten die ohne eindeutige Kriterien vorgenommenen Kürzungen der Forschungsgelder zu erheblichen Problemen bei der Weiterführung zahlreicher Forschungsvorhaben, weshalb viele Lehrkräfte und Forscher arbeitslos wurden oder mittlerweile unterbeschäftigt sind.

Im Gesundheitswesen verließ ein Großteil des Pflegepersonals und der Ärzteschaft Portugal, um sich im Vereinigten Königreich oder anderswo niederzulassen. Viele Gesundheitsdienste sind nun nicht mehr in der Lage, dem dringenden Behandlungsbedarf der Bevölkerung nachzukommen.

Das öffentliche Bauwesen wurde vernachlässigt und brutaler als je zuvor seit der liberalen Monarchie Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgefahren. Diese aggressive Politik trug zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Baubranche sowie in den Bereichen Stadterneuerung und Sanierung der Verkehrswege bei.

In der staatlichen Sozialversicherung wurden die meisten Renten gekürzt, die von den vorangegangenen demokratischen Regierungen in angemessener Höhe gezahlt worden waren, während gleichzeitig die Streichung zahlreicher Beamtenstellen ohne die geringste legitime Begründung vorbereitet wird.

Kurz gesagt: Insgesamt gibt es praktisch keinen Politikbereich, in dem keine schweren Fehler begangen worden wären, die von demokratischen und fortschrittlichen Kräften unter der Führung fähiger Politiker wieder ausgebügelt werden müssen.

Joel HASSE FERREIRA
PSE, Portugal (2005-2009)

INNERSTÄDTISCHE MOBILITÄT: EIN ZUNEHMEND WICHTIGES THEMA IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Es ist interessant zu beobachten, wie sich der Nahverkehr in der Europäischen Union entwickelt hat; mit Blick auf die stärkere Betonung des Subsidiaritätsprinzips muss dieser Entwicklung noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Das Subsidiaritätsprinzip würde bedeuten, dass sich die Union nicht um die lokale Ebene kümmert, für die selbstverständlich weiterhin die Einzelstaaten zuständig wären.

So weit sind wir immer noch nicht, da der Nahverkehr noch viel weiter gehende Auswirkungen hat, etwa auf den Energiebereich, den Umweltsektor und auf Verkehrsstaus.

Die Zahlen sind beeindruckend: Ein Großteil des Energieverbrauchs im Verkehr findet in den Städten statt, wo ein Viertel des gesamten CO₂-Ausstoßes anfällt.

Dadurch, dass die Städte aus den Nähten platzen, ist nicht nur die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigt, sondern durch die Verkehrsstaus in den Städten und in deren Umland entstehen auch jährliche Kosten von ungefähr 100 Milliarden Euro infolge von Verspätungen und Umweltverschmutzung, was 1 % des BIP der Europäischen Union entspricht.

Die Union muss sich weiter um ihre Bürger kümmern. Jeder dritte tödliche Autounfall ereignet sich in Städten; dazu kommt, dass auch Zusammenstöße größtenteils in Städten stattfinden.

Daher wurde dieser Problematik verständlicherweise große Aufmerksamkeit geschenkt, etwa 2007 mit dem Grünbuch Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt und 2009 mit dem Aktionsplan urbane Mobilität, beides auf Initiative der Europäischen Kommission, sowie kürzlich 2014 mit dem Dokument des Europäischen Parlaments Urban Mobility. Shifting towards sustainable transport systems. Darin heißt es: „irrespective of limited direct competences in that field, the EU has nonetheless placed urban mobility at the top of the EU

agenda for many years and developed a policy response to urban mobility issues that is manifold, as it is delivered by several EU policies and instruments“.

Hier werden Maßnahmen vorgeschlagen, die auf verschiedene Bereiche abzielen, wobei darauf verwiesen wird, dass mehr strombetriebene öffentliche Verkehrsmittel eingesetzt werden müssen, wie U-Bahnen und Straßenbahnen. So lassen sich Staus sowie die Umweltverschmutzung durch Autos, in denen meist nur eine Person unterwegs ist, und die Verwendung von Energie vermeiden, die durch Öl erzeugt wird, also einem nicht erneuerbaren Energieträger, der in unglaublich großem Umfang importiert werden muss.

Die Europäische Union hat vor kurzem auch Regeln aufgestellt, die die Sicherheit und den Komfort der Fahrgäste gewährleisten, wobei besonderes Augenmerk auf Dienstleistungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen gerichtet wurde. Und obwohl es sich hier um lokale Probleme handelt, wurden sogar Finanzhilfen der Europäischen Union zur Verbesserung der Mobilität in der Stadt bereitgestellt.

Dies ist leicht nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die Schäden im Umweltbereich, im Energiesektor und hinsichtlich der Effizienz weit über den geografischen Bereich der Staaten hinausgehen. Doch ungeachtet der Tatsache, dass für das Wohlergehen jedes einzelnen Unionsbürgers Sorge zu tragen ist, natürlich auch in ländlichen Gebieten, ist zu bedenken, dass der Anteil der in Städten (Ortschaften mit mehr als 5 000 Einwohnern) lebenden Menschen von 71 % im Jahr 2000 auf 73 % im Jahr 2010 angestiegen ist und, falls diese Entwicklung anhält, Prognosen zufolge im Jahr 2050 82 % betragen wird, wobei bereits 2007 85 % des BIP der Union in Städten erwirtschaftet wurde.

Manuel PORTO

ALDE - PPE, Portugal (1989-1999)

DIE FRAUEN UND DIE ZIELE FRIEDEN UND SICHERHEIT IN DER

Ich habe den Eindruck, dass die Welt uns, d. h. ihren Menschen gegenüber, immer brutaler und grausamer wird: Die Verbreitung von Verteidigungs- und Rüstungsgütern, mit denen Sicherheit geschaffen werden soll, führt zu immer extremeren gewaltsamen Antworten, die wiederum immer mehr Hoffnungslosigkeit und Terror erzeugen; es handelt sich hier um eine unaufhaltsame Spirale, in die wir ungeheure Summen an wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln investieren.

Im Gegensatz zu diesen technologischen Fortschritten des 21. Jahrhunderts im Bereich der Rüstung wird jedoch kaum an der Förderung von friedlichen Denkart, der Stärkung des „Faktors Mensch“ als Element zur Verwirklichung von Frieden und an der Verwendung des Kapitals „Frauen“ und „Geschlechterunterschied“ zur Förderung des Friedens und der Sicherheit in der Welt gearbeitet. So kamen bei den jüngsten schweren politischen Krisen die friedlichen Antworten oder die Bemühungen, vom Einsatz von Gewalt abzuhalten, kaum zur Sprache. Ebenso wenig wurden die Resolutionen der Vereinten Nationen eingehalten, die unter solchen Bedingungen gelten.

Die Vereinten Nationen haben an der neuen Hoffnung – Frauen als Akteure des Friedens – gearbeitet. Die Grundlagen hat der Sicherheitsrat mit der Resolution 1325 (2000) gelegt, in der betont wird, wie wichtig es ist, dass die Frauen an der Verhütung und Beilegung von Konflikten sowie an der Konsolidierung und Wahrung des Friedens gleichberechtigt teilhaben und in vollem Umfang mitwirken. Des Weiteren hat er die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen aufgefordert, diese gleichberechtigte Teilhabe sicherzustellen. Auch hat er alle Akteure inständig aufgefordert, die Repräsentation der Frau zu stärken und in alle Bereiche der Friedenskonsolidierung eine Geschlechterperspektive

aufzunehmen. Später, und hier sprechen wir ausschließlich von der Teilhabe an der Beschlussfassung, verabschiedete der Sicherheitsrat als Ergänzung zu seiner Resolution 1325 (2000) die Resolution 1889 (2009), in der dazu ermahnt wird, die Teilhabe der Frau in den Friedensprozessen weiter zu stärken und einen Katalog von Indikatoren zur Überwachung der Umsetzung der Resolution 1325 (2000) zu erstellen. In der Resolution 2122 (2013) werden schließlich die Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Anwendung der Resolution 1325 und die Bedeutung der Mitwirkung von Frauen in allen Phasen der Konfliktbeilegung, der Konfliktlösung und des Wiederaufbaus betont.

Der Kern des Problems besteht darin, dass wir Frauen eine Frieden stiftende Mehrheit bilden, die jedoch seit Jahrhunderten von Foren, in denen über bewaffnete Konflikte entschieden wird, ausgeschlossen ist. Zwar wurden inzwischen uns Frauen gegenüber in wichtigen Resolutionen der VN, die mit Sicherheit eine breite weltweite Unterstützung finden, Verpflichtungen eingegangen, jedoch bringt all dies nichts, wenn diese Resolutionen nicht eingehalten werden. Die Europäische Union sollte uns nicht vergessen, denn ein großer Teil der derzeitigen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen unter Einsatz von Gewalt wurden zur Verwirklichung des Ziels der Förderung des Friedens, der Sicherheit und des Fortschritts in Europa und in der Welt genehmigt. Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, einen Teil unserer Anstrengungen in dieses Ziel zu investieren und dafür Sorge zu tragen, dass Frauen für den Frieden an der weltweiten Friedens- und Sicherheitspolitik mitwirken.

María IZQUIERDO ROJO
(*Mujeres por la Paz, todos por la paz*)

DIE ENTWICKLUNG DER RECHTE DER FRAU IN DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFT: DER FALL ASERBAIDSCHANS

Julie Ward, Mitglied des Europäischen Parlaments und des FEMM-Ausschusses, stellte den Bericht von Anne-Marie Lizin, Koordinatorin der Mission der Liga in Baku und Gabala (9. September 2014), vor.

Meine Delegation der Liga für internationale Frauenrechte hat vor kurzem eine Informationsreise nach Aserbaidschan durchgeführt, um Treffen mit Sachverständigen sowie mit Vertretern nichtstaatlicher Organisationen und staatlicher Einrichtungen abzuhalten, die sich mit den Rechten der Frau befassen. Hier unterbreiten wir die Zusammenfassung der Schlussfolgerungen, die am 9. September mit JULIE WARD, AZAY GULIYEV und HIJRAN HUSEYNOVA im Europäischen Parlament vorgestellt wurden und an die Kommission (an das Mitglied der Kommission Johannes HAHN) gerichtet sind.

Aserbaidschan – das einzige säkulare Land der östlichen Nachbarschaft mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung – ist ein einzigartiges Land, in dem innerhalb von nur wenigen Jahren zahlreiche positive Initiativen für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter eingeführt wurden.

Diese Initiativen umfassen:

- Rechtsreformen zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter und Initiativen zur Sicherstellung der aktiven Teilnahme von Frauen;
- Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung von Frauen und ihrer finanziellen Unabhängigkeit;

- der Kampf gegen die Frühverheiratung durch die Umsetzung der erforderlichen Gesetzesänderungen sowie die aktive Mitwirkung staatlicher Einrichtungen, nichtstaatlicher Organisationen und von Religionsvertretern;
- der Kampf gegen häusliche Gewalt durch die Umsetzung der erforderlichen Gesetzesänderungen, Bereitstellung von Unterkünften;
- der Kampf für einen Wandel der Mentalitäten durch Projekte, Kampagnen und Schulungen;
- die aktive Rolle des SCFWC (des staatlichen Ausschusses für Familien-, Frauen- und Kinderangelegenheiten unter dem Vorsitz von Hiryan Huseynova);
- die Unterstützung des CSSN (des Rates für die staatliche Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen) für nichtstaatliche Organisationen und Initiativen von Frauen (unter dem Vorsitz von Azay Gulyiev);
- die Ernennung von stellvertretenden Gouverneurinnen und die Ausbildung künftiger weiblicher Führungskräfte zur Besetzung von Ämtern in der staatlichen Verwaltung infolge der Verwaltungsreform.

Wir sind der Ansicht, dass die Fortschritte bei den Rechten der Frau in Aserbaidschan beeindruckend sind. Mit dem Engagement der nichtstaatlichen Organisationen und der Frauen selbst, die sich äußerst aktiv in die Gesellschaft einbringen, bestehen für die Zukunft sicherlich positive Aussichten.

Wir haben eine Reihe von Empfehlungen für Aserbaidschan und die Europäische Union:

- in Aserbaidschan sollten weitere Projekte und Kampagnen in die Wege geleitet werden, um einen Wandel der Mentalitäten im Zusammenhang mit den Rechten der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter zu bewirken, insbesondere in ländlichen Gebieten;
- für örtliche Polizeikräfte sollten die erforderlichen Schulungen durchgeführt werden, damit sie aktiv in den Kampf gegen Zwangsehen und häusliche Gewalt einbezogen werden;
- das neu gewählte Europäische Parlament sollte diese Anstrengungen als sinnbildlich für die Beziehungen zwischen Europa und seiner Nachbarschaft erachten;
- die Europäische Union sollte begreifen, dass Fortschritte und Errungenschaften bei den Rechten der Frau gleichermaßen wichtig für den Kampf gegen den religiösen Extremismus in der europäischen Nachbarschaft sind;
- die Fortschritte bei den Rechten der Frau sollten in die strategischen Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik aufgenommen werden.

Anne-Marie Lizin,

Internationale Koordinatorin der Liga für internationale Frauenrechte, ehemaliges Mitglied der belgischen Regierung und Mitglied des Europäischen Parlaments von 1979 bis 1988 (www.lizin.org) (Belgien), mit zwei Sachverständigen: Patricia Lalonde (Frankreich) und Reine Marcelis (Belgien).

DIE ERSTAUNLICHE MÖGLICHKEITEN DES UNIVERSUMS

Einen Tag bevor mit Samantha Cristoforetti die erste Italienerin in den Weltraum geschossen wurde, trat ich am Abend des 22. November 2014 zusammen mit fünf anderen italienischen Astronauten in der beliebten und viel beachteten Sendung „Che tempo che fa“ des Fernsehsenders RAI auf und blickte bei dem Zusammentreffen mit meinen Kollegen auf die 30 Jahre zurück, die mich als dem ersten Astronauten aus Italien von der jüngsten

Protagonistin der nationalen und europäischen Raumfahrt trennen. Der überwältigende Blick auf die Erde aus 400 Kilometer Höhe, das Staunen über den unverhüllten Anblick der hauchdünnen Atmosphäre, in der wir leben, das Farbenspiel der Ozeane, Gebirgsketten und Wüsten, das Nordlicht und die sich in dem Lichtermeer der Städte abzeichnenden Konturen der Kontinente – all diese Eindrücke kamen bei mir wieder hoch, wenngleich die geräumige und Raumstation von heute zu meiner Zeit nur als Entwurf auf dem Papier existierte. Heute gibt es das GPS als neuartiges Navigationsinstrument und überhaupt eine völlig neue Computertechnik, die allgegenwärtig ist. Die digitale Revolution hat inzwischen auch die Raumfahrt erfasst. Während E-Mails für uns Astronauten der 1990-er Jahre eine fortschrittliche Technik war, gibt es heute soziale Medien, digitale Photos per Knopfdruck und das Internet, das inzwischen in alle Lebensbereiche vorgedrungen ist. Ich frage mich, ob sich alles grundlegend gewandelt hat, und erinnere mich dabei auch an die Debatten im Europäischen Parlament während meiner Amtszeit als Abgeordneter von 1994 bis 1999 über den Beginn des GNSS-Projekts Galileo und das Vorhaben der Kommission, die Europäische Weltraumorganisation ESA zu einer EU-Institution zu machen und somit über das zwischenstaatliche Modell hinauszugehen. Heute kann man sagen, dass man mit den durch die EU finanzierten Projekte Copernicus und Galileo einen großen Schritt nach vorne gemacht hat, aber alles in allem haben wir noch einen großen Weg vor uns.

Global betrachtet bewegt sich die Raumfahrt stets zwischen einer Atmosphäre des Konkurrenzkampfs und einer Atmosphäre des internationalen Wettbewerbs, und die „ersten“ lösen immer wieder ein neues Interesse an den Wissenschaften, der Technik und der Industrie aus. Rosetta hat einen Kometen erreicht, der Millionen von Kilometern von der Erde entfernt ist, und ist dort unter abenteuerlichen Umständen mit seiner wissenschaftlichen Sonde Philae gelandet. Dies wird Europa auf dem Gebiet von Sondermissionen mit höchstem Schwierigkeitsgrad weiteren Auftrieb geben. Die NASA wiederum schickt sich an, den Planeten Pluto (mit einer Sonde in diesem Jahr) zu erkunden, und Japan arbeitet an einer Weltraummission, mit der Proben von einem Asteroiden entnommen werden sollen. Inzwischen machen mit China und Korea neue globale Protagonisten auf sämtlichen Feldern der Meeres- und Weltraumtechnologie auf sich aufmerksam. In der Raumfahrt sind die USA bestrebt, mit dem Projekt Orion wieder sichtbarer zu werden und ihre einstige Überlegenheit wiederzuerlangen. Dieses Spezialfahrzeug hat vor kurzem den ersten Test einer Entsendung in die Umlaufbahn bestanden, sodass Aussicht darauf besteht, dass ferne und faszinierende Horizonte im Weltraum wie die Rückkehr des Menschen auf den Mond, der Fang eines Asteroiden oder die Umrundung des Mars wieder in Angriff genommen werden. Währenddessen erlebt die Raumstation ihre Reifephase mit einem munteren Austausch von Astronauten der fünf Weltraumagenturen (NASA, ESA, Roscosmos, JAXA und CSA), denen die Raumstation gemeinschaftlich gehört. Wir haben gesehen, wie Samantha Cristoforetti zusammen mit ihren russischen und amerikanischen Kollegen Weihnachten gefeiert hat, wobei die geopolitischen Konflikte zwischen den Westmächten und Putins Russland nicht im geringsten zu spüren waren.

In Luxemburg fand Anfang Dezember 2014 eine der kürzesten und zugleich bedeutendsten Ministerkonferenzen der ESA in ihrer bisherigen Geschichte statt, denn dort wurde beschlossen, eine neue Trägerrakete Ariane 6 zu entwickeln, die flexibler einsetzbar und wettbewerbsfähiger sein soll, und zwar im Hinblick auf die Herausforderung in Gestalt des neuen amerikanischen „Low-cost“-Unternehmens Space-X, das in der Lage ist, Raketen zum halben Preis in den Weltraum zu schießen. Die europäischen Minister haben außerdem die Fortsetzung des ehrgeizigen europäischen Programms Exomars unter der Federführung Italiens und Großbritanniens gebilligt. Dieses Programm sieht zwei Weltraummissionen vor, eine im Jahr 2016 mit einem Mars-Satelliten und einer Bodensonde, und eine zweite im Jahr 2018 mit einem Fahrzeug, die sich auf der Suche nach Leben auf dem „roten Planeten“ auf

der Marsoberfläche fortbewegen, Bohrungen durchführen und Proben entnehmen wird. Die Geschichte diese Planeten deutet darauf hin, dass die Umweltbedingungen dort vor langer Zeit günstig für die Entstehung von Leben waren. Nachdem sich die Atmosphäre dann aufgelöst und das Wasser an der Oberfläche verschwunden war, könnte es möglicherweise immer noch Leben im Untergrund geben.

Die europäischen Minister haben dafür Geld locker gemacht, nicht weil es sich um eine grandiose Utopie handelt, sondern aus konkretem wirtschaftlichem Kalkül. „Der Weltraum steht im Mittelpunkt der Revolution, die sich im Bereich der globalen Kommunikation in unserer Gesellschaft vollzieht“, so die Meinung des Leiters der italienischen Weltraumagentur, Battiston, die er auf dem Weltraumforum der OSZE vergangenen Dezember geäußert hatte, das unter dem Motto „Die Renaissance des 21. Jahrhunderts“ stand. Nach Auffassung der OSZE sind die von den Satelliten „downstream“ zur Verfügung gestellten Dienste der weitaus wichtigste Teil der „Space Economy“. Man geht dort von einem weltweiten Jahresumsatz in Höhe von 250 Mrd. USD (Daten von 2013) aus, während der Fertigungssektor „upstream“ lediglich auf 6,8 Mrd. USD (davon 1,9 Mrd. USD in Europa) veranschlagt wird. Verweist man auf die Erträge aus diesen Investitionen, so ist dies noch überzeugender, denn es geht um eine Infrastruktur, mit der herkömmliche Dienstleistungen und Tätigkeiten auf der Erde verbessert sowie Naturkatastrophen verhindert bzw. deren Folgen abgemildert werden können. Da liegt es nahe, auf die europäischen Programme Copernicus (Erdbeobachtung) und Galileo (Navigation) zu verweisen, die im Jahr 2014 ebenfalls beträchtliche Fortschritte verzeichnen konnten. Der geglückte Start des Copernicus-Programms, dessen erste Satelliten bereits in der Umlaufbahn in Betrieb sind, und die weise politische Entscheidung, die Daten allen daran Beteiligten kostenlos zur Verfügung zu stellen, sind ein Beweis dafür, dass „Big Data“ nun wirklich Einzug in die wissenschaftliche Erforschung der Erde und ihrer Atmosphäre gehalten haben., und, wie sagt man so schön: „The best is yet to come“ („Das Beste kommt noch“).

Franco MALERBA
PPE-DE, Italie (1994-1999)

GALILEO – EUROPAS PRÄSENZ IM WELTRAUM BLICK ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

GALILEO, ein Hoch-Technologie-Novum für Europa auf höchstem Niveau! Satellitennavigation ist das Schlüsselwort! Die schon vor mehr als 10 Jahren aufgestellte Prognose: Unabhängigkeit und ca. 200.000 neue Arbeitsplätze aufgrund einer Wirtschaftlichkeitsberechnung von 1 : 4 (1 € Ausgaben: 4 € Einnahmen = Wertschöpfung). Und das bei einem - im Vergleich zu anderen Infrastrukturvorhaben - moderaten Einsatz von öffentlichen Mitteln!

Bis dato haben die Amerikaner das Monopol! Ihr weltbekanntes GPS (Global Positioning System) ist kostenlos; allerdings militärisch ausgerichtet. GALILEO dagegen hat die Zivilbevölkerung zunächst im Focus! Die ehrgeizigen Pläne gefielen den Amerikanern zunächst gar nicht! Doch der 11. September 2001 machte einen verlässlichen Partner in Europa wünschenswert!

Europa entschied sich zu seinem ersten gemeinsamen Technologie-Projekt endgültig erst nach langen Diskussionen! Dabei hatte es einen Wettbewerbsvorsprung, denn es gab außer den Amerikanern keinen Mitbewerber, aber das Geld, das technische und wissenschaftliche

Know How und insbesondere einen gesunden Mittelstand zur Nutzung der innovativen Technologie. Dieser und der Verbraucher wären die Gewinner gewesen – und sollen es auch heute natürlich noch sein.

Allerdings, die Markteinführung sollte schon 2008 sein! Gerade rechtzeitig zur Olympiade in Peking! Um eigene Ressourcen auf anderen kostenintensiven Bereichen effektiver einsetzen zu können, unterstützten die Chinesen GALILEO – mit Geld und einem Büro in Peking, noch bevor der endgültige Beschluss in Brüssel gefallen war! Ich habe dieses Büro inspiziert, denn ich war seinerzeit langjährige verantwortliche GALILEO- Berichterstatterin im Europa-Parlament.

Alle „Global Player“ holen nun auf: Die Chinesen entwickeln ihr eigenes Satellitennavigationssystem Beidou! Die Amerikaner modernisieren ihr GPS marktgerecht ab diesem Jahr! Russland komplettiert sein aus Kostengründen bisher unvollständiges GLONASS-System, und selbst Indien erarbeitet nun ein eigenes System!

Und Europa?

Ein erster Test-Satellit wurde 2005 ins All gebracht; wie alle späteren auch mit Sojus-Raketen! Ein zweiter folgte schnell – und vier weitere in 2011 und 2012. Deutschland übernahm die Führung in der europäischen Raumfahrtindustrie. Der Aufbau begann!

Nicht immer ging alles glatt: 2 operationelle Satelliten gerieten im August 2014 in die falsche Umlaufbahn; die Daten können jedoch zumindest wissenschaftlich genutzt werden! In 2015 sollen insgesamt 5 weitere Satelliten gestartet werden – und danach bis 2017 – laut ESA (European Space Agency) – die restlichen ihren Betrieb aufnehmen; insgesamt 24!

Einige der großen Aufgaben – wie die Such- und Rettungsfunktion durch verbesserte SAR (Search and Rescue)-Dienste - sollen bereits in diesem Jahr aktiviert werden!

Die weiteren Pluspunkte sind:

- kostenloser Basisdienst
- kommerzielle Dienste (verbesserte Genauigkeit)
- Safety of Life-Dienste (Luftverkehr, Seeverkehr)
- öffentlich-regulierter Dienst (Zivilschutz, nationale Sicherheit)
- Beziehungen zu Drittländern (durch Kooperation der Industrie und Diensteanbieter)

GALILEO ist ein Angebot für jedermann – für Wanderer, Fußgänger, Autofahrer, Piloten, Ärzte - eben alltagstauglich!

Allerdings wirkt GALILEO nicht im luftleeren Raum:

EGNOS (European Geostationary Navigation Overlay Service) half der Industrie, sich auf die Entwicklung von GALILEO vorzubereiten; es ist ein satellitengestütztes System zur Qualitätsabsicherung und Verbesserung von Funknavigationssignalen des GPS mit einer Positionsgenauigkeit von 1 – 3 Metern (im Gegensatz zum amerikanischen GPS mit 10 – 20 Metern).

Unverzichtbar ist auch die Idee des GNSS (Global Navigation Satellite System) mit seiner GSA (European GNSS Agency, Prag). Es umfasst die gesamte Wertschöpfungskette – von der Versorgung, also der Vorhaltung der Satellitensignale, bis zu Segmenten wie Antennen

und Empfängern, von der Produktausrüstung und Hardware bis zur Bereitstellung von Mehrwertdiensten: Das (!) Riesenangebot an Industrie und Wirtschaft!

Drittens: Über die europäische Entwicklung wacht die ESA !

Die gute EU-Weltraum-Prognose für Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler, die Bürger sowie die Wirtschaft wird Realität! Die Zukunft hat begonnen – schon vor Jahren in der Vergangenheit!

Brigitte LANGENHAGEN
PPE-DE, Allemagne (1990-2004)

VERLÄUFT GALILEO IM SANDE?

Zwei von dem europäischen Satellitenprogramm Galileo ins All geschossene Satelliten haben ihre Umlaufbahn in etwa 24 000 km Entfernung von der Erdoberfläche nicht erreicht. Durch diesen Fehlschlag wurden erneut Fragen in der internationalen Presse laut, die bereits ad acta gelegt schienen.

- 1) Kann sich die Europäische Union ein derart kostspieliges Spielzeug (mit Kosten von circa eine Milliarde EUR pro Jahr) überhaupt leisten, wenn auch andere Satellitensysteme wie GPS aus den USA und GLONASS aus Russland genutzt werden können, die der ganzen Welt kostenlos zur Verfügung stehen?
- 2) Werden die Technologie und die Funktionsmerkmale des europäischen Programms angesichts der Verzögerungen von Galileo, dessen Beginn in die Anfangsjahre des neuen Jahrtausends zurückreicht und das voraussichtlich bis 2019 (mit 30 Satelliten im All) fertiggestellt werden soll, überhaupt noch wettbewerbsfähig sein?
- 3) Ist die Europäische Kommission die geeignete Institution zur Durchführung eines derart komplexen Programms, das wie das Tuch von Penelope einfach zu keinem Abschluss kommen will?

Dies sind Fragen, die eine klare Antwort verdienen.

- 1) Das europäische System EGNOS, der Vorläufer des Programms Galileo, ist seit nahezu vier Jahren in Betrieb und ist genauso leistungsfähig wie das analoge US-System WAAS. Es ermöglicht punktgenaue Landungen an über 100 europäischen Flughäfen und kann auch von kleinen und mittelgroßen Flughäfen für neue kommerzielle Flugrouten eingesetzt werden.
- 2) Gute Nachrichten kommen vom Europäischen Raumflugkontrollzentrum (ESOC) in Darmstadt, das im August ein beachtliches Manöver zur Korrektur der Umlaufbahn der beiden „Unglückssatelliten“ vermelden konnte.
- 3) Die satellitengesteuerte Navigation ist aus unserem Leben und insbesondere aus unserem Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken. Mehr als ein Drittel der heute in Europa verkauften PKW ist mit Navigationssystemen ausgestattet, etwa zwei Drittel der automatischen Traktoren in der Landwirtschaft verwenden Leitsysteme auf der Grundlage von EGNOS/GPS, und bei der Navigation auf hoher See kann man dank der Satellitentechnik zunehmend auf die lästigen Funkfeueranlagen verzichten. Dies gilt ebenso für die Steuerung des Schienenverkehrs und führt zu einem immer höheren Sicherheitsniveau.
- 4) Die Stromversorgungsnetze und die Mobilfunk- und Telekommunikationsnetze werden an die äußerst genaue Zeitmessung der Satellitensysteme angepasst, die mit Atomuhren ausgerüstet sind, welche auf die Nanosekunde (eine Milliardstel Sekunde) genau laufen.
- 5) Bei der Durchführung dieses Projekts konnte sich die Europäische Union weiterentwickeln, indem sie die Fähigkeiten ihres Verwaltungsapparats verbessern konnte,

ein solch komplexes technisches Vorhaben zu bewältigen, und vor allem unter Beweis stellen konnte, in wie weit Galileo als gesamteuropäische Infrastruktur, die weltweit zum Einsatz kommen soll, tatsächlich dem gemeinsamen Ziel entspricht, die Interessen der Einzelstaaten zu bündeln. Die Idee eines politisch stärker geeinten Europas gilt insofern auch für die Weiten des Weltraums.

6) Auch aus geopolitischer Perspektive verkörpert das Galileo-Programm die wichtigste europäische Initiative bei dem Bemühen, aus dem Schatten Amerikas zu treten, was eine Grundvoraussetzung für eine echte strategische Unabhängigkeit ist. Derzeit lässt sich die europäische Militärtechnik in Wahrheit nur mit der Einwilligung Washingtons einsetzen, das nach Einzelverhandlungen darüber entscheidet, welchem Staat der vollständige Zugang zum „militärischen“ GPS gewährt wird. Selbst unter Berücksichtigung der NATO, die den Großteil der potenziellen Fälle abdeckt, ist ein solcher Zustand unvereinbar mit einem Europa, das ungeachtet der traditionellen Partnerschaft mit dem amerikanischen Bündnispartner souverän, geeint und unabhängig sein will.

Auch aus militärischer Sicht und im Hinblick auf einen freien Luft- und Seeverkehr ist Galileo daher für die EU ein „politisches“ Instrument von grundlegender Bedeutung.

Luigi CALIGARIS

FE (1994-1995), UFE (1995-1997), ALDE (1997-1999), Italie

VOM EUROPÄISCHEN PARLAMENT AUF DEN CAMPUS

Erfahrungsbericht über ein Seminar in Varna, Bulgarien

Die Universität Varna in Bulgarien hat den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments gebeten, ihr einen Redner zum Thema Ernährungssicherheit zu vermitteln. Ich habe mich daraufhin gemeldet und wurde ausgewählt.

Der Besuch in Varna war eine sehr interessante Erfahrung.

Die Universität ist etwa 100 Jahre alt und befindet sich in einer attraktiven Lage im Stadtzentrum. Auf den ersten Blick ähneln die Gebäude der Universität und ihre Nutzer denen jeder anderen Einrichtung dieser Art in der Europäischen Union.

Ich wurde von allen sehr herzlich willkommen geheißen und in einem hervorragenden Hotel in direkter Nähe der Universität untergebracht.

Für den ersten Tag meines Besuchs waren Workshops mit Debatten über die verschiedenen Aspekte der Ernährungssicherheit geplant. In den unterschiedlichen Gruppen wurden Themen wie gentechnisch veränderte Organismen (GVO), Energiewerte und die Politik zur Lebensmittelqualität ausführlich erörtert. Die Ergebnisse dieser Gruppendiskussionen unterschieden sich nicht so sehr von denen, die beispielsweise der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments erarbeitet hätte, obgleich keine eindeutigen Schlussfolgerungen schriftlich festgehalten wurden. Auch hier gab es ein gewisses Misstrauen gegenüber GVO, und der Zweck von bestimmten Angaben bei der Etikettierung von Lebensmitteln wurde infrage gestellt.

Für den darauffolgenden Tag war eine Vorlesung im eigentlichen Sinne vorgesehen, an der etwa 150 Studierende teilnahmen. Ich habe in meinem Vortrag über zwei konkrete Aspekte der Ernährungssicherheit gesprochen. In den Verträgen ist festgeschrieben, dass im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik unter anderem dafür gesorgt werden muss, dass eine ausreichende Menge an Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung steht. Vor 50 Jahren war das vorrangige Ziel, ausreichende Mengen zu produzieren. Heute besteht ein wichtiger Aspekt der Politik darin, der Verschwendung entgegenzuwirken, denn

Statistiken zufolge müssen 25 – 30 % der Nahrungsmittel, die auf den Markt kommen, entsorgt werden.

Im Zusammenhang mit der Lebensmittelqualität und der Ernährungssicherheit habe ich die Erfahrungen dargestellt, die die Europäische Union in der Vergangenheit mit diversen Lebensmittelskandalen machen musste und die zur Einrichtung der Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA – European Food Safety Authority) in Parma (Italien) führten. Ich habe dargestellt, welche Unterschiede zwischen der Funktionsweise der EFSA und der US-Bundesbehörde zur Lebens- und Arzneimittel-Überwachung (United States Food and Drug Administration) bestehen. Ich habe auch auf einen Initiativbericht zum Thema Lebensmittelqualität für die Europäische Union verwiesen, den ich dem Plenum 1998 vorgelegt habe. Die Ergebnisse dieses Berichts sind meines Erachtens noch immer aktuell. Es gibt zurzeit zu viele unterschiedliche Angaben zur Qualität. Gegenwärtig sind es etwa 500 verschiedene Angaben, und normalen Verbraucher können unmöglich wissen, wofür diese Qualitätsangaben stehen. Wir benötigen einfachere und verständlichere Qualitätsangaben. Ich bin in meinem Vortrag auch ausführlich auf den Beschlussfassungsprozess in der Europäischen Union eingegangen und habe die Aufgaben der Kommission, des Rates und des Parlaments erläutert. Wie so oft waren die Zuhörer mit dem Verfahren nicht vertraut, sie zeigten sich jedoch interessiert. Es gab einige Debatten und weiterführende Fragen. Ich hatte den Eindruck, dass die Zuhörer einer weitergehenden Zusammenarbeit in Europa gegenüber positiv eingestellt sind. Mehrere Studierende berichteten über ihre Begeisterung für das Erasmus-Programm. Sie freuen sich sehr darauf, in einem anderen europäischen Land zu studieren.

Insgesamt war es eine wertvolle Erfahrung für mich, zu Studierenden in diesem Teil der Europäischen Union zu sprechen und mich mit ihnen auszutauschen.

Jan MULDER
ALDE, Pay-Bas (1994-2014)

EP TO CAMPUS PROGRAMME - DE MONTFORT UNIVERSITY, LEICESTER, UK

After nearly thirteen years in the European Parliament I am back home in Malmö, Sweden. During the autumn last year I was busy leaving my flat in Brussels and trying to adapt to the new life at home.

Right away I joined the Former Members Association. For me this was very important, not losing the contact with Parliament and former colleagues. My Swedish liberal friend Hadar Cars and ALDE friend Henrik Lax from Finland have always been mentioning the work that the FMA is doing in a very favourable way.

When there was an opportunity to visit De Montfort University in Leicester, England, for “EP to Campus”, I applied and was accepted. The programme was very well prepared by Professor Alasdair Blair and his team with Suzanne Walker in the forefront. Together with my highly appreciated colleague, Malcolm Harbour, we had three active days in De Montfort University. We met many students and discussed various topics such as challenges for the EU, unemployment, lack of growth, problems within in the eurozone and of course the elephant in the room; Britain leaving the EU.

The discussions with teachers and postgraduate research students working on European integration were intensive and fruitful – at least for me. I also find it very enlightening to debate research papers such as "UK refusal to adopt the Treaty on Co-Ordination, Stability and Governance, and the alternative model the UK uses to ensure fiscal stability" and "Managing universities in times of austerity and crisis".

On the second evening we had a public meeting "European Question Time", a special debate explaining the issues behind the European union headlines. The interest was high, the University auditorium was completely full, and we got a lot of questions

- What does Europe mean for you?
- Representation in the EU
- Immigration in the EU
- Britain's relationship with Europe
- Budget contributions to the EU

The last day we left the DMU and met pupils from secondary schools in Leicester. The event in the St Mary de Castro Church included a question and answer session about European issues as well as the launch of the DMU Commission "100 Ideas to Change Leicester".

My conclusion when leaving the De Montfort University and "EP to Campus" programme is very clear. For me these meetings and discussions and debates with school children, students, teachers and the public were extremely interesting and valuable. I would like to recommend my friends in the FM to participate in the upcoming "EP to Campus" events. For the universities and their students it is an added value to discuss these issues with politicians and lawmakers. The same goes for us, former MEPs, we can use our experiences and also get to grips with the current debate about Europe among the students.

Olle Schmidt, ALDE, Sweden
MEP 1999-2004, 2006-2014

Malmö, Sweden,

Reflections on De Montfort EP to Campus

I fully endorse the very positive comments by my friend Ole Schmidt. It was a very well organised programme with excellent outreach into the local community. As it was close to my 'home' region, it was very valuable to get the views of citizens and young people about the work of the European Parliament. We were able to challenge many false perceptions, especially the view that the UK has no influence in the EU. Ole was very helpful in providing a different viewpoint – "as others see us".

We also found that there was much interest in the economic and single market aspects of the EU. These are not always central in EP to Campus programmes and we hope there will be more interest in this crucial policy area.

I encourage more colleagues to take part in future events. De Montfort is already advertising its 2015 programme, which will take place from 1st to 3rd December. Be there!

Henley in Arden, UK, January 29, 2015

Malcolm Harbour CBE
EPP-ED 1999-2009, ECR 2009-2014

EINIGE BEGEISTERTE REFLEXIONEN

Mario Monti war ein herausragendes Kommissionsmitglied. Er hat die beiden großen Aufgabengebiete, für die er zuständig war – Wettbewerb und Entwicklung des Binnenmarkts – maßgeblich und positiv geprägt. Das Parlament und den Rat überzeugte er davon, dass man die Dinge in diesen beiden Bereiche voranbringen müsse. Für viele war er „Super Mario“.

Später amtierte er für kurze Zeit als Ministerpräsident von Italien. Und unlängst ist er als „Senator auf Lebenszeit“ in den italienischen Senat gewählt worden.

Er kommt nicht aus der Politik, und wegen seines akademischen Hintergrunds könnte man ihn vielleicht für einen ziemlich trockenen Redner halten. Weit gefehlt! Bei dem Abendessen für Alumni stellte er unter Beweis, dass er alle Eigenschaften mitbringt, die einen guten Tischredner ausmachen – ein Mischung aus Argumenten und Informationen auf der einen und Humor und Charme auf der anderen Seite.

Als er bei dem Abendessen als ehemaliger Ministerpräsident Italiens vorgestellt wurde, erwiderte er, er sei ein ehemaliger Praktikant bei der Kommission, ein ehemaliges Kommissionsmitglied und ein ehemaliger Ministerpräsident. Die Bezeichnung „ehemalig“ schein wie ein Fluch auf ihm zu liegen. Tatsächlich könnte sich seine Sammlung „ehemaliger“ Titel noch vergrößern. Denn er ist zwar in Italien zum „Senator auf Lebenszeit“ ernannt worden, die italienische Regierung beabsichtigt jedoch, nichtgewählten Senatoren ihren Titel abzuerkennen. Demnach könnte er bald den Titel „ehemaliger Senator auf Lebenszeit“ tragen.

Auf einer ernsteren Ebene vertrat Monti die Auffassung, dass es einer besseren Verständigung zwischen Nord- und Südeuropa bedarf. Er hielt die Haltung in Nordeuropa gegenüber dem Süden für ebenso bedenklich wie die Haltung in südlichen Ländern, etwa in Italien und Griechenland, was die Frage betrifft, das Beschlüsse zwingend auch umzusetzen sind. (Einen kleinen Seitenhieb auf die harsche Kritik der Kommission an Italien konnte er sich allerdings bei dieser Gelegenheit nicht verkneifen.)

„Wächst Europa zusammen oder fällt es auseinander?“ fragte er und fügte hinzu, dass beides gleichzeitig eintreten könnte. Dazu führte er Beispiele aus dem Finanzsektor an – etwa die Bankenunion –, wo Europa eindeutig zusammenwächst. Er verwies aber auch auf den Euroskeptizismus als unübersehbares Gegenbeispiel. Anschließend zeigte er sich jedoch wieder humorvoll und gab eine Anekdote zum Besten. Er erzählte, wie er Arm in Arm mit Angela Merkel eine Tagung des Europäischen Rates verlassen habe. Dabei habe sie ihm gegenüber bemerkt, „Mario, du hast ja die Eurobonds gar nicht erwähnt!“, woraufhin er erwidert habe, „ich weiß ... aber ich bin froh, dass es dir aufgefallen ist“.

Auf die Frage, wer in der Politik den stärksten Eindruck bei ihm hinterlassen habe, erwiderte er taktvoll, er würde lieber ein beeindruckendes Ereignis nennen. Er verwies auf das bemerkenswerte und positive Zusammenspiel zwischen Barack Obama und Angela Merkel bei den Gipfeln im Rahmen der Eurokrise „unter den Augen von Präsident Hollande, der unglaublich weich und gelassen schaute.

Präsident Baron Crespo bedankte sich bei Mario Monti für dessen Ansprache und erklärte, seine Rede sei ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Humor und Ironie dem politischen Prozess Würze verleihen können.

Robert MORELAND
PPE-DE, Royaume-Uni (1979-1984)

EUROPA MUSS SICH AUF SEINE GRUNDLAGEN BESINNEN, UM DIE KRISE ZU BEWÄLTIGEN

Die gegenwärtige Krise lässt uns wenig Wahlmöglichkeiten: Entweder besinnt sich die Europäische Union (EU) zurück auf die Werte, die dem europäischen Projekt zugrunde liegen, oder sie geht das Risiko ein, in sich zusammenzufallen.

Europa ist die einzige Region weltweit, die die Wirtschaftskrise noch nicht bewältigt hat, und fügt dadurch seinen Bürgern, insbesondere den jungen Menschen und Arbeitslosen, unermessliches Leid zu.

Die Menschen fühlen sich verloren und verlassen und nehmen Abstand von dem Unionsprojekt, von Demokratie und von der Politik, weil sie glauben, dass das europäische Projekt keine Antworten bereithält. Diese Tendenzen spiegelten sich in der letzten Wahl zum Europäischen Parlament wider.

Dies ist eine sehr gefährliche Entwicklung, und das Risiko, dass das europäische Projekt außer Kontrolle gerät, ist mehr als real.

Die gegenwärtige Situation ist zum Teil die Folge davon, wie unangemessen die EU auf verschiedene Entwicklungen der letzten Jahrzehnte reagiert hat: auf die Globalisierung, auf den technologischen Wandel, auf die EU-Erweiterung und auf die gestiegene Macht des Finanzsektors, bei dem es sich im Übrigen um den Sektor handelt, der am meisten von der Globalisierung und technologischen Innovationen profitiert hat.

Es gibt natürlich auch zahlreiche Erfolge zu verzeichnen: den Binnenmarkt, die einheitliche Währung und in der jüngsten Vergangenheit die neue Regulierung der Finanzmärkte sowie die Bankenunion, wobei letztere noch abgeschlossen werden muss.

Die gegenwärtige Krise ist aber auch das Ergebnis der von der EU zur Bewältigung der makroökonomischen Aufgaben gewählten Optionen, die zumindest als problematisch bezeichnet werden müssen. Die Diskussion hat sich zu lange um die Gegenüberstellung von unbescholtenen und verschwenderischen Ländern, Tugend und Sünde, Belohnung und Bestrafung gedreht. Dieses Verhalten war nicht nur kindisch, sondern erwiesenermaßen auch sehr gefährlich, und wir zahlen immer noch den politischen Preis dafür, dass wir nicht

ernsthaft und objektiv untersucht haben, was falsch gelaufen ist: Die gewählten Abhilfemaßnahmen haben nicht die erwartete Wirkung gezeigt, und wir haben unseren Bürgern eine zu schwerwiegende Belastung aufgebürdet.

Es fehlte das Verständnis dafür, dass es die unsichtbare Hand nicht gibt, die die Angleichung von Ländern in einem Binnenmarkt und einer Währungsunion fördern sollte, in der unterschiedlich wettbewerbsfähige Volkswirtschaften vereint sind. Es passierte tatsächlich genau das Gegenteil: Die Unterschiede sind seit dem Beginn der Währungsunion von Jahr zu Jahr gewachsen.

Deswegen müssen wir die gesamte europäische Agenda überprüfen, uns auf die Grundlagen zurückbesinnen und eine breit angelegte Diskussion darüber aufnehmen, wie Europa und seine gemeinsame Währung funktionieren können.

Können Mitgliedstaaten eine gemeinsame Währung besitzen, die nicht nur den Wechselkurs abgeschafft haben, sondern deren Haushalte auch streng kontrolliert werden und die wenig haushaltspolitischen Spielraum haben, ohne dass wir über ein antizyklisches Instrument verfügen, um die Wirtschaft bei Bedarf anzukurbeln?

Der Investitionsfonds von Jean-Claude Juncker ist ein positiver Schritt in die richtige Richtung, weil damit zumindest das Problem erkannt wird. Aber ist das genug?

Können wir damit leben, dass die Steuern heute schwer auf dem Durchschnittsbürger lasten, während wir gleichzeitig zulassen, dass multinationale Unternehmen lächerliche Steuersummen bezahlen, weil in der EU Steuern nicht einmal in minimalem Umfang koordiniert werden?

Es war von Anfang an bekannt, dass das Euro-Währungsgebiet kein optimales Währungsgebiet ist, aber es herrschte die allgemeine Überzeugung, dass die politische Bereitschaft immer vorhanden sein würde, die Löcher zu stopfen und so dafür zu sorgen, dass das Gebiet stabil und vereint bleibt. In Wahrheit sehen wir uns jedoch plötzlich mit rein wirtschaftlichen Vorgängen konfrontiert, und politische Überlegungen scheinen von der Bildfläche verschwunden zu sein.

Was wir uns selbst fragen müssen, ist ganz einfach: Wollen wir diese Löcher stopfen oder nicht? Besteht der politische Wille, dieses Problem offen anzusprechen oder nicht?

Dies sind die Fragen, auf die unsere Bürger eine Antwort verdienen.

Elisa FERREIRA, MdEP
S&D, Portugal

STAATSVerschuldung, Reformen und Wachstumsaussichten der Griechischen Wirtschaft: Benötigt Griechenland einen weiteren Schuldenschnitt?

Ansgar BELKE

Jean-Monnet-Professor ad personam für Makroökonomie und Mitglied des Sachverständigenremiums für Währungsfragen, Europäisches Parlament, Brüssel

Wie ist die Volkswirtschaft Griechenlands nach sechs Jahren einer beispiellosen Rezession einzuschätzen?

Es scheint, dass sich die Wirtschaft allmählich mittels wachsender Ausfuhren wieder erholt. Zum ersten Mal seit sechs Jahren konnten griechische Exporteure ihren Marktanteil ausbauen und neue Arbeitsplätze schaffen. Die griechische Wirtschaft ist aber noch nicht über den Berg. Als Samaras erwog, aus dem IWF-Programm auszusteigen und 12 Mrd. EUR an den Kapitalmärkten aufzunehmen, schoss die Rendite für griechische Staatsanleihen sogleich auf nahezu 9 Prozentpunkte hoch. Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass ein übereilter Ausstieg aus den Rettungsprogrammen die griechische Wirtschaft wieder in gefährliches Fahrwasser bringen könnte.

Die griechische Regierung sagt, dass es falsch sei, an den harten Sparmaßnahmen festzuhalten, wenn derzeit alle Indikatoren auf ein Wirtschaftswachstum (mit der höchsten Wachstumsrate in der EU) hindeuten. Hohe Wachstumsraten sind die beste Voraussetzung dafür, die Staatsfinanzen unter Kontrolle zu behalten. Wenn man die Ausgaben nicht aus dem Ruder laufen lässt, dann sind das keine „harten Sparmaßnahmen“, sondern dies gebietet der gesunde Menschenverstand. Man kann schlecht argumentieren, dass ein Sparprogramm bei schlechter Wirtschaftslage schlecht sei, und gleichzeitig behaupten, ein Sparprogramm sei auch im Falle einer Erholung der Wirtschaft nicht gut. Denn dann würde man schlichtweg bestreiten, dass es Zeiten gibt, die sich für eine Senkung bzw. eine Verhinderung übermäßiger Ausgaben gut eignen.

Sind die griechische Schulden tragbar? Bei den griechischen Schulden handelt es sich hauptsächlich um Auslandsschulden. Wenn die Exporte weiter steigen, können die Schulden am Ende tragbar sein, insbesondere bei den extrem niedrigen Zinssätzen, die Griechenland für seine öffentliche Schuldenlast zahlen muss. Ursprünglich ist das Hauptproblem des Landes das zu hohe Staatsdefizit, und dieses Problem wurde von den Finanzministern des Euroraums bereits vor einiger Zeit in die entfernte Zukunft verlegt, und zwar dadurch, dass die Laufzeit der bislang gewährten Kredite sehr lang ist (durchschnittlich 32 Jahre!) und die Zinssätze sehr niedrig sind.

Sollten die Europäer nicht ihren Teil der Vereinbarung vom November 2012 erfüllen und Griechenland mit den Schulden helfen, und falls ja, sollte dies mittels eines Schuldenschnitts, durch eine Zinssenkung, eine Verlängerung der Laufzeiten oder durch andere Maßnahmen geschehen? Angesichts der sehr schlechten Erfahrungen mit der griechischen Regierung besteht schlicht kein Vertrauen, dass ein Schuldenschnitt bei den Staatsschulden nicht zum Anlass genommen würde, wieder mehr auszugeben und bei den Reformanstrengungen nachzulassen. Die europäischen Partner können aber ihre Zusagen erfüllen, indem sie sich auf die eine oder andere Weise bemühen, dass die Troika und die griechische Regierung jeweils ihre starre Haltung aufgeben. Ein Schuldenschnitt würde indes der Europäischen Zentralbank große Probleme bereiten, was ihre Pläne zum Aufkauf von Staatsanleihen anbelangt.

Worauf sollte Griechenland bei den Strukturreformen den Schwerpunkt legen? Vorrangiges Ziel sollten jetzt die Umsetzung der bislang verabschiedeten Gesetze und die Beseitigung der Korruption sein.

SYRIZA verspricht viele Maßnahmen wie die Erhöhung des Mindestlohns sowie der niedrigen Gehälter und Rentenbezüge. Ist dies durchführbar? Gegenwärtig lassen sich diese Erhöhungen nicht finanzieren. Nur wenn die Exporte weiter steigen, können sich auch die Gehälter und Renten nach oben bewegen.

Was würde es für Griechenland und möglicherweise auch für Europa bedeuten, wenn SYRIZA an die Macht kommt.

Dies wird allenthalben viel Nervosität verursachen. Die europäischen Partner sind aber inzwischen übereingekommen, dass Griechenland nicht länger systemrelevant ist, und sie werden daher nicht zu Zugeständnissen bereit sein.

Irren sich viele in Europa und sogar der IWF und die USA, wenn sie Deutschland drängen, eine stärker expansionistisch angelegte Politik in der Eurozone zu verfolgen? Selbst größte expansive Maßnahmen vonseiten Deutschlands könnten die Probleme Griechenlands und des südlichen Teils der Eurozone nicht lösen.